



**Sozialwissenschaftliches
Institut der Bundeswehr**

135

SOWI-Arbeitspapier

*Sven Bernhard Gareis
Paul Klein*

Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Einstellungen und Meinungen
in der deutschen Bevölkerung

**November 2003
Strausberg**

SOWI-Arbeitspapier
Sozialwissenschaftliches
Institut der Bundeswehr

Sven Bernhard Gareis
Paul Klein

Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Einstellungen und Meinungen
in der deutschen Bevölkerung

Nr. 135
November 2003
Strausberg

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autoren.

Copyright by
SOWI 2003
Alle Rechte vorbehalten
ISSN 1433-9390
Druck:
Wehrbereichsverwaltung Ost

Sozialwissenschaftliches
Institut der Bundeswehr
Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Tel.: 03341/58-1801
Fax: 03341/58-1802
www.sowi-bundeswehr.de

Kurzfassung

Der institutionelle und organisatorische Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist in den Jahren seit 1999 entschlossen und schnell vorangetrieben worden. Europa verfügt bereits über eigene militärische und polizeiliche Kapazitäten, welche innerhalb wie außerhalb des NATO-Rahmens eingesetzt werden können bzw. sich bereits im Einsatz befinden.

Wie aber denken die europäischen Bürger über diese Entwicklung Europas zu einem sicherheitspolitischen Akteur? Die vorliegende Studie untersucht als Teil eines deutsch-französisch-italienischen Forschungsprojektes die diesbezüglichen Meinungen und Einstellungen der deutschen EU-Bürger.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert. So steht die Mehrheit der Deutschen der EU reserviert positiv gegenüber. Insbesondere mangelt es an emotionalen Bindungen zu dieser eher abstrakten und als funktional-bürokratisch wahrgenommenen Institution. Was hingegen die Wünsche und Hoffnungen gegenüber europäischen Regelungsmöglichkeiten und Kompetenzen anbelangt, sind diese recht hochfliegend. In fast allen wesentlichen Bereichen wünschen sich die deutschen Befragten größere Zuständigkeiten und größeren Einfluss von europäischer Seite. Dies gilt vor allem für den Bereich der europäischen Außenpolitik wie auch den der Sicherheitspolitik. Insbesondere dem Einsatz von Militär als Element eines komplexen politischen Instrumentariums stehen die Befragten sehr aufgeschlossen gegenüber. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die Deutschen Militäreinsätze in erster Linie mit helfenden und humanitären Missionen verbinden und weniger mit der Vorstellung von Kampfeinsätzen.

So optimistisch die Erwartungen der Deutschen an europäische Politik sind, so nüchtern fällt die Bewertung ihrer gegenwärtigen Realität aus. Insbesondere bezüglich der Streitkräfte wünschen sich die deutschen Befragten keine Europa-Armee, welche nationales Militär ersetzen würde. Europäische Streitkräfte werden nur als Komplement zur einzelstaatlichen Sicherheitsvorsorge akzeptiert. Da aus multinationalen Kontingenten zusammengesetzte europäische Streitkräfte auf Dauer die Gefahr eines *clash of military cultures* bergen, wird angeregt, mittel- bis langfristig über die Schaffung einer europäischen Freiwilligenarmee mit eigenem Dienstrecht nachzudenken.

Summary

Since 1999 the European Union has been proceeding rapidly with the institutional and organisational establishment of its European Security and Defence Policy (ESDP). Today Europe disposes of military and constabulary capacities, some of which have been sent into mission already within as well as outside NATO framework.

But how do European citizens think about Europe's development towards becoming a protagonist in the field of security policy? This study – as a part of a Franco-German-Italian research project – analyses the relevant opinions and attitudes of German EU citizens.

The findings are remarkable. A majority of the German respondents look at Europe with only moderate sympathy. There is an obvious lack of affective bindings to Europe which is considered as a more abstract and functional-bureaucratic organisation. On the other hand, as far as European competencies are concerned, requests and hopes are rather high-flying. In almost every important policy field German respondents wish an extended responsibility and stronger impact of European institutions. This is especially the case in the field of foreign and security policy. The respondents support in particular the use of the military as one element of a complex scale of political instruments. But in this context it also has to be seen that in the perception of the vast majority the military should be sent first of all for disaster or humanitarian relief. The notion of the military to be deployed to combat missions or war scenarios is much less spread in the German population.

As optimistic the Germans' expectations from Europe seem to be, as sober is their assessment of the political reality in Europe. In particular Germans don't wish national armed forces to be replaced by a common Euro-Army. European armed forces are accepted only as complementary to national security provision. Since, in an intermediate perspective, contingent-based European armed forces might run the risk of diverse clashes of military cultures it is proposed to think over the development of an European volunteer force with a special legal status.

Inhaltsverzeichnis

1	Europas gemeinsame Sicherheit: Entwicklung, Stand und Perspektive	7
1.1	Die Entwicklung europäischer Sicherheitspolitik	8
1.2	Sicherheitspolitische Gremien und Strukturen	10
1.3	Perspektive Europaarmee?	12
2	Gemeinsame Verteidigung und öffentliche Meinung: Das deutsch-französisch-italienische Forschungsprojekt	13
2.1	Untersuchungsdesign und Instrumententwicklung	15
2.2	Die Durchführung der Untersuchung	16
3	Ergebnisse	17
3.1	Deutscher oder Europäer? Einstellungen zur politischen und territorialen Zugehörigkeit	17
3.2	Wahrnehmung Europas und seiner Institutionen	22
3.3	Risiken, Bedrohungen und die Sicherheitsorgane	27
3.4	Nationale Streitkräfte oder Europaarmee?	34
4	Schlussfolgerungen	39
	Anhang	45
	Autoren	52

1 Europas gemeinsame Sicherheit: Entwicklung, Stand und Perspektive

Verglichen mit dem hohen Integrationsgrad, den die Europäische Union auf dem Gebiet des Gemeinsamen Marktes oder der Währungspolitik erreicht hat, stecken die Bemühungen um eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) noch in den Anfängen. Auch im Vergleich zur NATO nehmen sich die europäischen Fähigkeiten zu militärischen Einsätzen eher bescheiden aus – bleibt doch die EU bei der Führung ihrer Missionen zumeist auf die Unterstützung durch die Allianz angewiesen. Berücksichtigt man aber, dass fünfzehn EU-Mitgliedstaaten ihre bisweilen durchaus unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen auf dem komplexen Feld der Sicherheitspolitik in Einklang bringen und diese dann mit weiteren Beitrittskandidaten und den NATO-Partnern abstimmen müssen, kann sich das bislang Erreichte durchaus sehen lassen. Die Europäische Union hat sich – jedenfalls für ihre Verhältnisse – geradezu mit Lichtgeschwindigkeit (Javier Solana) eigene sicherheitspolitische Strukturen und Kompetenzen geschaffen und steht im Sommer 2003 in drei europäisch geführten Einsätzen.¹ Auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki hatte der Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, am 18. Juni 2003 zudem einen Entwurf für eine Europäische Sicherheitsdoktrin vorgelegt. Er enthält neben der Analyse der globalpolitischen Herausforderungen vor allem sicherheitspolitische Handlungsoptionen und Maximen für ein Europa, welches bald 25 Staaten mit rund 450 Millionen Einwohnern umfasst, rund ein Viertel des weltweiten Bruttosozialproduktes erwirtschaftet und sich stärker als bislang sowohl für seine eigene wie auch die weltweite Sicherheit engagieren müssen.² Rund zehn Jahre nach dem eher zögerlichen Start der Bemühungen um die gemeinsame Sicherheit im Maastrichter Unionsvertrag von 1992 zeigt die EU nun den Willen, eine eigenständigere weltpolitische Rolle zu spielen und ihr Gewicht in den Waagschalen der transatlantischen Beziehungen zu vergrößern. Zwar bleibt die ESVP wie der gesamte Bereich der auswärtigen Beziehungen der EU dem komplizierten Verfahren der intergouvernementalen Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten unterworfen und damit eher schwerfällig. Der Weg zur weiteren Integration auch auf sicherheits- und verteidigungspolitischem Gebiet dürfte gleichwohl unwiderruflich eingeschlagen worden sein.

¹ Der Europäischen Polizeimission (EUPM) in Bosnien-Herzegowina, der Friedensmission „Concordia“ in Mazedonien sowie in der Operation „Artemis“ im Kongo.

² Das Papier von Javier Solana „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ ist in einer deutschen Übersetzung verfügbar unter: www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/solana-papier.html

1.1 Die Entwicklung europäischer Sicherheitspolitik

Jahrzehntlang lag während der Phase des Kalten Krieges die Gewährleistung der Sicherheit Europas in den Händen der NATO. Nach dem Scheitern der Bemühungen um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 war auch die Westeuropäische Union (WEU), das von zuletzt zehn Vollmitgliedern getragene europäische Verteidigungsbündnis, in einen Dornröschenschlaf geschickt worden. Im Schutz des transatlantischen Bündnisses entwickelte sich Europa vor allem als Wirtschaftsgemeinschaft, sorgte jedoch besonders durch seine schrittweise Ausdehnung, politische Integration und fortschreitende ökonomische Verflechtung für die Herausbildung einer Friedens- und Stabilitätszone, die der von immer wiederkehrenden Kriegen heimgesuchte Kontinent nie gekannt hatte.³ Die über die Fragen des Gemeinsamen Marktes hinausweisende Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) blieb jedoch bis zum Vertrag von Maastricht ein nur sehr loser Koordinationsrahmen.

Die nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation in Europa und der Welt neu entstandene sicherheitspolitische Situation verlangt auch von Europa neue Wege. Mit der im Maastricht-Vertrag als „zweite Säule“ zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik verankerten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) schuf sich die EU eine neue außenpolitische Kooperationsplattform, die schrittweise ausgebaut wurde und zugleich auch eine verteidigungspolitische Perspektive eröffnete. Für die Ausgestaltung einer aktiveren europäischen Sicherheitspolitik wurde ab Beginn der 1990er Jahre die WEU wiederbelebt und zum militärischen Arm der EU fortentwickelt. Die WEU erklärte sich 1992 bereit, auch militärische Aufgaben in einem breiten Spektrum von humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen über die Friedenssicherung bis hin zu Kampfeinsätzen zur Friedenserzwingung (die nach dem Ort der Erklärung so genannten „Petersberg-Aufgaben“) zu übernehmen.⁴ Gemeinsam mit der NATO führte die WEU in der ersten Hälfte der 1990er Jahre Friedenserzwingungseinsätze zur Unterstützung der VN-Missionen im ehemaligen Jugoslawien durch. Die Petersberg-Aufgaben wurden dann 1997 in den Vertrag von Amsterdam über die Europäische Union übernommen,⁵ nachdem NATO und EU sich zunächst ab 1996 auf eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-

³ Zu den friedenspolitischen Implikationen des europäischen Integrationsprozesses siehe Varwick, Johannes: Die ESVP – Eine folgerichtige Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)? In: Hoyer, Werner/Gerd F. Kaldrack (Hrsg.) (2002): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Baden Baden, S. 99f.

⁴ Erklärung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Staaten zur WEU und zur Sicherheit in Europa vom 19. Juni 1992 in Königswinter („Petersberg-Erklärung“).
<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/dokumente/6-1ar.pdf>.

⁵ EUV, Artikel 17, Abs. 2.

identität (ESVI) verständigt hatten. Ziel dieser Zusammenarbeit zwischen NATO und WEU war die Durchführung von militärischen Operationen, an denen sich nicht die „Allianz als Ganzes“ beteiligt, den eingesetzten Kräften aber den Rückgriff auf geeignete Hauptquartier- und Logistikstrukturen ermöglicht. Richteten sich diese auf der NATO-Ratssitzung 1996 in Berlin gefassten Beschlüsse auf eine Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO, nahmen bald darauf deutsche, französische und (nach einem fulminanten Richtungswechsel der britischen Regierung im Dezember 1998 in St. Malo) auch britische Initiativen eine größere Eigenständigkeit Europas in Sicherheitsfragen in den Blick. Die Kosovo-Krise von 1998/99 hatte aller Welt die technische Unterlegenheit der Europäer gegenüber dem Verbündeten USA und deren wenig geschlossene Haltung vor Augen geführt. Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurden in der ersten Jahreshälfte 1999 die Arbeiten an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zügig vorangetrieben. Die NATO sagte auf ihrem Jubiläumsgipfel im März 1999 auch der EU die Unterstützung durch allianz-eigene Strukturen und Kräfte im Rahmen eines „Berlin-plus-Mechanismus“ zu. Die EU wiederum skizzierte mit dem Gipfelbeschluss von Köln im Juni 1999 ihr künftiges Aufgaben- und Leistungsprofil im Rahmen der ESVP.⁶ Mit der Entscheidung, die Aufgaben der WEU zu übernehmen und das gerade reaktivierte Bündnis außer Dienst zu stellen, bekannte sich die EU zu ihrer neuen Rolle als sicherheitspolitischer Akteur. Angesichts einer Reihe neutraler EU-Mitgliedstaaten konnte die kollektive Beistandsgarantie des WEU-Vertrages nicht in die ESVP übernommen werden. Der Aktionsradius der ESVP beschränkt sich demnach auf die Petersberg-Aufgaben. Ein halbes Jahr nach dem Kölner Gipfel legte der Europäische Rat in Helsinki mit dem *European Headline Goal* konkrete Größenordnungen und Maßnahmen für die Schaffung eigener europäischer Krisenreaktions- bzw. Krisenmanagementkapazitäten fest: Bis 2003 sollen 50 000–60 000 Soldaten zur Verfügung stehen, die binnen 60 Tagen einsatzbereit sind und an jedem Ort der Welt über ein Jahr lang mit Einsätzen des vollen „Petersberg-Spektrums“ beauftragt werden können.⁷ Diese Kräfte bilden jedoch keine europäische Streitmacht oder Armee. Vielmehr werden sie in den nationalen Streitkräften bereitgehalten, um dann nach den Erfordernissen der Mission und auf der Grundlage souveräner Entscheidungen der jeweiligen Staaten als Kontingente in ad hoc zu schaffende Einsatzverbände integriert zu werden. In Ergänzung zu den militärischen Kapazitäten hat der Europäische Rat dann auf seiner Tagung in Feira (Juni 2000) beschlossen, den zivilen Aspekt der Krisenbewältigung in vier entscheidenden Bereichen größere Aufmerksamkeit zu widmen: Polizei, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit,

⁶ Siehe hierzu Europäischer Rat (Köln), Anhang III der Schlussfolgerungen des Rates, Tagung des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni 1999 in Köln, <http://ue.eu.int/pesc/military/de/DECologne.htm> sowie Stützle, Walter: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.) (2001): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Hamburg, S. 73.

⁷ Vgl. Europäischer Rat (Helsinki), Schlussfolgerungen des Vorsitizes, Ziff. 28, im Internet zu finden unter http://europa.eu.int/council/off/conclu/dec99/dec99_de.htm#security

Stärkung der Zivilverwaltung sowie Zivil- und Katastrophenschutz. Hierfür stellen die EU-Staaten 5 000 Polizisten sowie mehr als 2 000 weitere zivile Spezialisten zur Verfügung. Die Europäische Union hat damit als erste internationale Organisation die Vorkehrungen getroffen, um das komplexe und differenzierte Aufgabenspektrum in „Friedensmissionen neuen Typs“⁶⁸ abdecken zu können.

1.2 Sicherheitspolitische Gremien und Strukturen

Die Übernahme sicherheitspolitischer Aufgaben und Zuständigkeiten verlangte von der EU auch die Einrichtung geeigneter Führungs- und Planungsgremien. Die entsprechenden Gremien der WEU als dem ehemaligen militärischen Arm der EU waren aufgelöst, die WEU selbst im Wesentlichen auf den Brüsseler Vertrag mit seiner kollektiven Beistandsgarantie aber ohne jegliche operative Funktion reduziert worden. Die neuen politischen und militärischen Strukturen wurden nach den Beschlüssen des Europäischen Rates in Nizza (Dezember 2000) als ständige Einrichtungen beim Rat der Europäischen Union, im Zuständigkeitsbereich des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen. Im Einzelnen handelt es sich bei den Gremien, die im Verlauf des Jahres 2001 ihre Arbeit aufnahmen, um

- das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), welches auf der Ebene der Botschafter bzw. der Politischen Direktoren der Außenministerien arbeitet. Im Auftrag des Rates (der die Entscheidungshoheit behält) erarbeitet es Vorschläge für die weitere Entwicklung der ESVP sowie – unter Rückgriff auf Expertisen des EU-Militärausschusses – Handlungsoptionen für konkrete Maßnahmen. Dem PSK kann auch die Leitung von Operationen übertragen werden. Im Rahmen der ESVP spielt das PSK eine dem Ständigen NATO-Rat vergleichbare Rolle.
- den Militärausschuss der Europäischen Union (EUMC), der wie der NATO-Militärausschuss von den Generalstabschefs der Mitgliedstaaten gebildet wird. Diese werden im EUMC durch ihre ständigen militärischen Bevollmächtigten vertreten. Der EUMC ist das höchste militärische Gremium der EU. Er wird geleitet durch einen *Chairman EUMC*, der zugleich der höchste militärische Berater des Hohen Vertreters für die GASP ist und den EUMC in allen Angelegenheiten und Fragen repräsentiert.

⁶⁸ Zu den zivilen Implikationen moderner Friedensmissionen siehe Gareis, Sven Bernhard (2002): Frieden als komplexer Auftrag – Zur wachsenden Bedeutung ziviler Dimensionen in VN-Friedensmissionen. In: Reader Sicherheitspolitik 2/2002.

- den Militärstab der Europäischen Union (EUMS), der auf Ebene der Generaldirektionen im Sekretariat des Rates der Europäischen Union angesiedelt ist. Dem EUMS obliegen alle konkreten militärischen Aufgaben von der Frühwarnung bis hin zur Planung von Übungen und Einsätzen sowie der Formulierung von Anforderungen an Größe und Ausstattung zu entsendender Truppenteile.
- den Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements, der neben dem PSK angesiedelt ist und dieses zu allen Fragen der zivilen Dimensionen von Krisenprävention und -nachsorge berät.

Darüber hinaus wurden im Ratssekretariat auch ein Polizeistab und ein gemeinsames Lagezentrum eingerichtet. Die Europäische Union hat sich damit Gremien und Strukturen geschaffen, deren Funktionen durchaus denen auf der NATO-Ebene vergleichbar sind. In Zuschnitt und Größe stellen sie jedoch einen tragfähigen Kompromiss zwischen dem Erfordernis eigener Institutionen und der von EU und NATO gleichermaßen angestrebten Vermeidung einer Duplizierung von Strukturen dar. Hierzu wurde von beiden Organisationen angestrebt, im Rahmen von „Berlin-Plus“ der Europäischen Union einen permanenten Rückgriff auf NATO-Strukturen zu ermöglichen. Nachdem die Türkei und Griechenland über längere Zeit diesen „Berlin-Plus“-Mechanismus blockiert hatten, ist seit dem Kopenhagener Gipfel vom Dezember 2002 der Weg der EU zu den Planungskapazitäten der NATO frei. Im Falle der Mazedonien-Mission „Concordia“ wurde dieses Prinzip im März 2003 erstmals in der Praxis angewendet. Diese EU-Operation nutzt Fähigkeiten der Allianz, ihr *Operation Commander* ist der Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber für Europa (DSACEUR), das *Operation Headquarter* ist an das NATO-Hauptquartier SHAPE bei Brüssel angegliedert.

Bei allen Bemühungen um Vermeidung von Duplizierungen werden die EU-Staaten um die Beschaffung neuer Mittel und Kapazitäten nicht umhinkommen, um zumindest die gravierendsten strategischen Defizite auszugleichen. Hierzu gehört insbesondere der Aufbau eines europäischen Lufttransportkommandos, dessen Rückgrat der zu entwickelnde und zu produzierende Militärtransporter A 400 M bilden wird, aber auch der europäische Aufklärungsverbund, der sich auf ein eigenes Satellitensystem stützen soll. Erforderlich wird auch die Bereitstellung operativer Hauptquartiere zur Führung europäischer Missionen. Die Prüfung entsprechender Einrichtungen durch den EUMC/EUMS ist in einer Reihe von Ländern bereits begonnen worden; in Deutschland käme hierzu das Einsatzführungskommando in Potsdam in Betracht.

Die ESVP ist – wie die im NATO-Rahmen verankerte ESVI, mit der sie gerne verwechselt wird – ein Projekt, durch welches Europas sicherheitspolitisches Gewicht im transatlantischen Rahmen vergrößert werden soll, ohne damit jedoch in Konkurrenz zur NATO zu treten. Art und Umfang der von den Europäern zu leistenden Beschaffungs- und Modernisierungsaufgaben sowie die anhaltenden Diskussionen um die Zukunft der NATO zeigen aber, dass dieser Anspruch wohl auch weiter heikel bleiben dürfte.

1.3 Perspektive Europaarmee?

Die Europäische Union hat sich zwar eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegeben – die Aspekte von Verteidigung bislang mit Rücksicht auf ihre neutralen Mitglieder ausgeklammert. Die EU ist somit keine Militärmacht oder Bündnis. Gleichwohl sind weitere Integrationsschritte auch im militärischen Bereich unvermeidlich und sinnvoll. Johannes Varwick zeigt in einer Gegenüberstellung, dass das Europa der Fünfzehn mit seinen 375 Millionen Einwohnern nur 1,6 Millionen Soldaten aufbietet (im Vergleich zu 1,4 Millionen US-Soldaten bei einer deutlich kleineren Bevölkerungszahl von 275 Millionen) und mit seinen Verteidigungsaufwendungen nur etwas mehr als 50 Prozent des US-Verteidigungsbudgets erreicht. Zugleich erreiche die potenzielle europäische Kampfkraft nur etwa 10 Prozent der amerikanischen.⁹ Auf der anderen Seite des Atlantik wird angesichts dieser Unterschiede oft der Vorwurf an die Adresse Europas gerichtet, sich zu wenig für seine Sicherheit und Verteidigung zu engagieren. Tatsächlich haben die Ohnmachtserfahrungen aus der Kosovo-Krise in Europa die Einsicht befördert, dass mit dem Grad der militärischen Handlungsfähigkeit auch die Akzeptanz als Dialogpartner in Sicherheitsfragen steigt. Da jedoch substanzielle Mehrausgaben für Militär und Sicherheit in den allermeisten Staaten Europas politisch nicht realisierbar sind, werden fortschreitende Bemühungen um multinationale Streitkräftestrukturen, Kooperation im Rüstungsbereich und die Freisetzung entsprechender Synergien die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik künftig verstärkt prägen. Im zusammenwachsenden Europa dürften Streitkräfte mehr und mehr ihren Charakter als Symbol nationalstaatlicher Souveränität verlieren und neuen Funktionszuschreibungen und Legitimationsmustern unterliegen.¹⁰ In diesem Zusammenhang wird die Frage intensiver zu diskutieren sein, ob auch künftig alle Staaten Europas umfassende militärische Fähigkeiten zu Wasser, zu Land und in der Luft vorhalten müssen oder ob diese nicht zunächst im arbeitsteiligen Verbund nationaler Kontingente und schrittweise dann in Form integ-

⁹ Varwick, Johannes: Toward a „Euroarmy“? In: International Politik – Transatlantic Edition (4) 2001, S. 33–37.

¹⁰ Vgl. hierzu Gareis, Sven Bernhard/Ulrich vom Hagen (2003): Conditions of Military Multinationality. SOWI-Forum International, Bd. 24, Strausberg, speziell Abschnitt 1.1.

rierter europäischer Kapazitäten effektiver erbracht werden können. In letzter Konsequenz könnte dieser Prozess zur Schaffung europäischer Streitkräfte, zu einer Europaarmee führen. Rund fünfzig Jahre nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist Europa unter völlig neuen Vorzeichen wieder auf dem Weg zu gemeinsamer Sicherheit. Anders als zu Beginn der 1950er Jahre wird diesmal jedoch nicht versucht, einen visionären Plan in Politik umzusetzen. Vielmehr geht es darum, die Vision schrittweise zu entwickeln und sie für realitätsbezogene Modifikationen und unterschiedliche Geschwindigkeiten offen zu halten. Die ESVP wird ihre Konturen über die Lösung ihrer politischen, militärischen, finanziellen und technischen Details auf der Basis fortschreitender Integration annehmen. Damit wird sowohl den Soldaten wie auch den Gesellschaften Europas die schrittweise Gewöhnung an einen neuen Typus transnationaler Streitkräfte erleichtert.

2 Gemeinsame Verteidigung und öffentliche Meinung: Das deutsch-französisch-italienische Forschungsprojekt

Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat also seit 1999 bemerkenswerte Fortschritte gemacht, so dass die Schaffung gemeinsamer europäischer Streitkräfte zunehmend als eine durchaus realisierbare Vision erscheint. Allerdings hat sich dieser Prozess bislang überwiegend auf einer für die Politik im europäischen Raum so typischen abstrakten Ebene vollzogen. Regierungen, militärische Eliten sowie die Experten aus den mit rechtlichen und politischen Fragen befassten wissenschaftlichen Disziplinen bestimmen Richtung und Inhalt der Entwicklung, während gesellschaftliche Diskussionen über diese neue Ausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter europäischen Vorzeichen weitgehend ausbleiben. Die öffentliche Meinung zur ESVP wie auch die Einstellungen innerhalb der hiervon mehr oder weniger unmittelbar betroffenen, noch immer national organisierten Streitkräfte bleibt demgegenüber ein eher vernachlässigtes Thema.

Dies war nicht immer so. Während der Ost-West-Konfrontation gehörten Meinungs- und Stimmungsbilder bezüglich der sicherheitspolitischen Strategien und Entscheidungen zu den am besten untersuchten Themenbereichen der Demoskopie in praktisch allen westeuropäischen Staaten.¹¹ Allerdings – und dies hat in den Jahren 1979–1983 die Diskussion um den NATO-

¹¹ Siehe hierzu beispielhaft Zoll, Ralf (Hrsg.) (1982): *Public Opinion on Security and Armed Forces. Analyses and Data from Eight Countries*. SOWI-Forum International, Bd. 1, München.

Doppelbeschluss mit äußerster Nachdrücklichkeit gezeigt – wurde in dieser Phase das Thema „Sicherheitspolitik“ auch von vielen Bürgern als ein durchaus existenzielles erfahren, es war ein zentraler Gegenstand der gesellschaftlichen Debatte über Politik und entsprechend akzentuiert waren auch die Positionen innerhalb eines oft polarisierten öffentlichen Meinungsklimas. Der überwiegende Teil sowohl der Bevölkerungsbefragungen wie auch der einschlägigen wissenschaftlichen Studien nahm dabei indes das gefühlte Ausmaß der nationalen Bedrohung in den Blick, Fragen zu NATO-Doktrinen, zur atomaren Abschreckung wie auch zur Abrüstung wurden vornehmlich aus dem Blickwinkel der einzelstaatlichen Betroffenheit wahrgenommen und diskutiert.¹² Überlegungen und Fragen zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung jedoch kamen über Ansätze nicht hinaus.

Seit der Überwindung des Ost-West-Konfliktes hat sich jedoch der Fokus der Wahrnehmung von Sicherheitspolitik verlagert. Der Wegfall der unmittelbaren Bedrohung durch eine antagonistische Supermacht führte in der politischen wie auch der wissenschaftlichen Diskussion zur intensiven Hinwendung zu den eher mittelbaren Risiken, die im Rahmen eines dezentralen globalen Krisen- und Konfliktszenarios auf die Sicherheit von Ländern und Regionen einwirken. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer vertieften internationalen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen ist eine wesentliche Folge dieser Entwicklung. Dies gilt gerade auch für die Europäische Union, die seit ihrer Schaffung zu Beginn der 1990er Jahre an der Akzentuierung ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik arbeitet.

Im gesellschaftlichen Bereich hingegen wurde auch eine immaterielle Friedensdividende eingefahren: Mit dem Wegfall existenzieller Sicherheitsfragen konnten sich öffentliche Aufmerksamkeit und Meinung anderen relevanten Fragen und Herausforderungen wie der Arbeitslosigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung oder den sozialen Sicherungssystemen zuwenden. Das Interesse an Fragen der äußeren Sicherheit und Verteidigung wandelte sich von einem akuten zu einem latenten, welches indes immer wieder aktiviert werden kann, wenn Ereignisse bzw. Entwicklungen wie der 11. September oder der Irak-Krieg auf die Agenda drängen.¹³

Nicht zuletzt die auch innerhalb Europas ausgetragene Diskussion um das militärische Vorgehen gegen den Irak hat die Frage aufgeworfen, welche – unterschiedlichen – Risikowahrnehmungen

¹² Siehe hierzu Munton, Don/Hans Rattinger (Hrsg.) (1991): *Debating National Security: The Public Opinion*. Frankfurt/M. – Bern – New York.

¹³ Vgl. Gareis, Sven Bernhard: *Sicherheitspolitische Kommunikation. Eine Annäherung an ein schwieriges Thema*. In: Gareis, Sven Bernhard/Rolf Zimmermann (Hrsg.) (1999): *Sicherheitspolitische Kommunikation*. Baden-Baden, S. 9–17.

und Sicherheitsvorstellungen aber auch welche Erwartungen an europäische Institutionen in den jeweiligen Bevölkerungen Europas berücksichtigt werden müssen, wenn die EU bei der Formulierung gemeinsamer Politiken und Strategien erfolgreich sein will. Diese Frage im Rahmen eines komplexen Forschungsprojektes in den Blick zu nehmen, war das Ziel einer 2002 gestarteten Initiative des italienischen Strategieforschungszentrums CeMISS (Centro Militare di Studi Strategici) in Rom sowie der Universität Roma Tre. Die ersten Schritte dieses Projektes wurden dann gemeinsam mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) in Strausberg sowie dem Centre d'Etudes en Sciences Sociales de la Défense (C2SD) in Paris realisiert.

2.1 Untersuchungsdesign und Instrumententwicklung

Die Anlage der Untersuchung ist ihrem Gegenstand entsprechend komplex: So sollen in einer vergleichenden Analyse zwischen den zunächst beteiligten drei Ländern Deutschland, Frankreich und Italien zum einen die Einstellungen der Bevölkerungen, zum anderen aber auch die der in den Streitkräften dienenden Soldaten betrachtet werden. Inhaltlich stehen dabei die Risikowahrnehmungen der Befragten sowie die bei ihnen vorherrschenden Einstellungen gegenüber der ESVP und möglichen europäischen Streitkräften im Mittelpunkt. Diese Deutungsmuster werden zudem in einen größeren Zusammenhang der Vorstellungen von und Erwartungen an Europa und seine Institutionen sowie der emotionalen Hinwendung zu geographischen oder sozialen Zusammenhängen gestellt.

Die Erfassung der Daten geschieht in einem ersten Schritt in Form standardisierter Befragungen in den Bevölkerungen und den Streitkräften. In weiteren Schritten ist dann auch – vor allem im Bereich der Streitkräfte bzw. gesellschaftlich/politischer Eliten und Entscheidungsträger – die Anwendung qualitativer Verfahren wie etwa Leitfadeninterviews vorgesehen.

Die Gesamtstudie ist dabei modular aufgebaut, so dass in den beteiligten Ländern die einzelnen Schritte unabhängig voneinander durchgeführt werden können. Diese Flexibilität des Vorgehens wird durch die unterschiedlichen funktionalen Zuschnitte und Ressourcenausstattungen der an der Untersuchung beteiligten Institute bedingt. Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der erhobenen Daten werden jedoch nur gemeinsam entwickelte Instrumente eingesetzt; zur länderübergreifenden Auswertung werden auch nur die Daten herangezogen, die in zeitlich parallelen Umfragen erhoben wurden.

Das hier vorliegende Papier stellt die Ergebnisse des ersten Schrittes der Studie vor, einer Bevölkerungsumfrage in Deutschland, die parallel zu entsprechenden Erhebungen in Italien und Frankreich im Spätherbst 2002 durchgeführt wurde. Zur Anwendung kam dabei ein Fragebogen, der sich inhaltlich an den des „Eurobarometer Survey 54.1“ vom Herbst 2000¹⁴ anlehnt, jedoch in einem gemeinsamen Arbeitsprozess zwischen den Angehörigen der drei Forschungsinstitute weiterentwickelt (siehe Anhang) und in die jeweiligen Landessprachen übertragen wurde.¹⁵ Den Ausgangspunkt bildete dabei eine englischsprachige *master version* des Fragebogens. Statt eines bei Mehrländerumfragen üblichen Rückübersetzungsverfahrens¹⁶ wurde im vorliegenden Fall die englische Modellfassung innerhalb des Forschungsteams item- und begriffswise diskutiert und auf diese Weise sichergestellt, dass in den nationalen Versionen Begriffe von gleicher Bedeutung verwendet wurden.

2.2 Die Durchführung der Untersuchung

Nach der Einigung auf die gemeinsame englischsprachige Fassung wurde der Fragebogen in die jeweilige Landessprache übertragen und die Erhebung nach den für die drei Partner gültigen Grundsätzen und Bestimmungen durchgeführt. Im Falle des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr bedeutete dies, dass der deutsche Fragebogen nach seiner inhaltlichen Fertigstellung an das in Mölln ansässige und auf Bevölkerungsumfragen spezialisierte Meinungsforschungsinstitut INRA Deutschland GmbH weitergegeben wurde. Dort wurde der Fragebogen nach den Standards des Instituts für eine persönliche *paper & pencil*-Befragung technisch umgesetzt und formatiert.

Die Grundgesamtheit für die Untersuchung bilden alle deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben. Im Rahmen eines Mastersamples wurde in einem dreistufigen Verfahren (*sample points*, Haushaltsauswahl, Zielpersonenauswahl) eine repräsentative, mehrstufig geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Innerhalb einer Nettostichprobe von 1 400 verwertbaren und mindestens einmal kontaktierten Adressen konnten dann 877 Interviews realisiert werden, die einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab

¹⁴ Siehe hierzu Kernic, Franz/Jean Callaghan/Philippe Manigart (2002): Public Opinion on European Security and Defense. Frankfurt/M. – Berlin et al.

¹⁵ Zu den Erfordernissen und Möglichkeiten der Harmonisierung internationaler Umfrageinstrumente siehe Meulemann, Heiner (2001): Perspektiven und Probleme der internationalen Umfrageforschung. In: Statistisches Bundesamt 2001, S. 13–38; Bechtold, Sabine/Roland Günther (2001): Input versus Ex-Post-Harmonisierung: Das Forschungsprojekt CHINTEX. In: Statistisches Bundesamt 2001, S. 39–47; Glasgow, Hella (2001): Organisation von Mehrländerumfragen. In: Statistisches Bundesamt 2001, S. 60–71.

¹⁶ Siehe Glasgow (2001) (FN 15), S. 66.

16 Jahren darstellten. Die Untersuchung wurde im Zeitraum vom 7. September bis 11. Oktober 2002 von 185 Interviewern durchgeführt. Die Interviews wurden durch INRA gesammelt, überprüft und in einen SPSS-Datensatz weiterverarbeitet, der dann zur weiteren Auswertung an das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr gesandt wurde.

3 Ergebnisse

3.1 Deutscher oder Europäer? Einstellungen zur politischen und territorialen Zugehörigkeit

Während die Angehörigen vieler Nationen gerne von „Vaterland“ oder „Mutterland“ reden und auf diesen Begriff ihr Nationalgefühl aufbauen, hat sich im deutschen Sprachgebrauch das Wort „Heimat“ eingebürgert. Hinter diesem Begriff, der nur schwer in eine andere Sprache übersetzt werden kann, steht häufig eine hohe Emotionalität, er verbindet sich mit Kindheitserinnerungen und er kann, muss aber keineswegs, im Zusammenhang mit der Nation gebraucht werden. Die Deutschen gebrauchen das Wort Heimat sehr unterschiedlich. Die einen fassen den Begriff sehr eng und denken in kleinsten geographischen Räumen, andere wiederum bewegen sich in sehr weit gefassten Kategorien.

Das Gefühl von Zugehörigkeit zu einem Lebensraum hat eine emotionale Grundlage. Auch rationale Aspekte können einen Beitrag zum Zugehörigkeitsgefühl leisten, sind aber nicht ausschlaggebend, wodurch die Zufriedenheit des Einzelnen mit seinem Lebensraum nicht ein Produkt empirisch erhebbarer Umweltkriterien ist.¹⁷

So können etwa wirtschaftliche Zwänge eine Person dazu bewegen, sich in einem bestimmten Ort anzusiedeln und es wird nicht voraussagbar sein, ob sich der Betreffende an diesem Ort wohl fühlen wird oder nicht. In einem solchen Fall wäre es möglich, dass die enge emotionale Bindung an den vorherigen Wohnort und die Trauer darüber, ihn verlassen zu haben, darin resultiert, zu dem neuen Ort keine emotionalen Bindungen aufbauen zu können.¹⁸ Andererseits wäre denkbar, dass der neue Ort dem Wechselnden besser gefällt als der alte, weil er schnell Kontakte zu Einheimischen knüpft, ihm die Infrastruktur entgegenkommt und/oder er zum alten Wohnort sowieso keine besonders enge Beziehung hatte.

¹⁷ Vgl. hierzu einführend Weichhart, Peter: Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation. In: Meynen, Emil (Hrsg.) (1990): Erdkundliches Wissen, Schriftenreihe für Forschung und Praxis, Heft 102, Stuttgart, S. 14ff., im Folgenden zitiert als: Weichhart (1990).

¹⁸ Vgl. Weichhart (1990), S. 53ff.

Die unerschöpflichen räumlichen Identifikationsmöglichkeiten eines Individuums bei nur einem einzigen Wohnsitz machen die Existenz und die Funktionen der Kategorien und Dimensionen des Lebensraumes deutlich. Dabei soll Dimension als räumliche Variable (wie lokal, regional, national, international etc.)¹⁹ verstanden werden, wohingegen der Begriff der Kategorie die mehr oder weniger artifizielle Begrenzung von Lebensräumen durch ihre Benennung (z. B.: Hannover, Deutschland, Westeuropa) bezeichnen soll. Ein Dortmunder ist danach gleichzeitig auch Ruhrgebietler, Nordrhein-Westfale, Deutscher, Europäer oder Weltbürger²⁰ und somit in verschiedenen Rollen ansprechbar. Die Identifikation²¹ mit bestimmten Lebensräumen muss aber nicht bedeuten, dass sie gleich alle möglichen dem Ort immanenten Kategorien einschließt. Man kann sich also in der Rolle des Dortmunders wohl fühlen, gleichzeitig aber in der des Deutschen oder des Europäers nicht.

Gefragt nach der emotionalen Bindung an einen bestimmten Lebensraum, stellten die Teilnehmer an einer repräsentativen Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr im Jahre 1995²² den aktuellen Wohnort besonders heraus (vgl. Tabelle 1). Insgesamt 65,9 Prozent der Bevölkerung und 70,5 Prozent der Jugendlichen fühlten sich an ihn gebunden. Dass auch Kindheitserinnerungen und die gute Kenntnis einer Stadt oder eines Dorfes ([Orientierungs-] Sicherheit) wichtige Aspekte eines Heimatgefühls sind, zeigte sich in der Bevorzugung des Ortes, in dem man seit seiner Kindheit lebt oder während seiner Kindheit gelebt hat.

Offensichtlich hatte etwa die Hälfte der Befragten noch nie einen Ortswechsel vollzogen. Der Anteil derer, die sich nach einem Wohnortwechsel in ihrer neuen Umgebung wohl fühlten (24 Prozent), war auch gemessen an jenen, denen dies nachweislich nicht gut gelang (11,6 Prozent), recht hoch. Das in diesen Bereichen zum Teil stark abweichende Antwortverhalten der Gruppe der Jugendlichen war im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sie von Wohnortwechseln weniger oft betroffen waren als der ältere Bevölkerungsteil.

¹⁹ Hier werden lediglich einige benennbare Dimensionen des Lebensraumes angeführt, selbstverständlich existieren zahllose Dimensionen, die keine Bezeichnung haben, da sie etwa auch nur persönlich wahrgenommen werden können.

²⁰ Die genannten Kategorien sind selbstverständlich weiter unterteilbar, etwa in Stadtteile, Teilkontinente usw.

²¹ Vgl. zum Verständnis der Begriffe „Identifikation“ und „Identität“ in dieser Arbeit: Esser, Hartmut: Lokale Identifikation im Ruhrgebiet. Zur allgemeinen Erklärung einer speziellen Angelegenheit. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1987): Informationen zur Raumentwicklung. Lokale Identität und lokale Identifikation, Heft 3, Bonn, S. 109–118.

²² Vgl. Spangenberg, Stefan/Paul Klein (1997): Heimat und Verteidigung. SOWI-Arbeitspapier, Nr. 102, Strausberg.

Tabelle 1: „Bitte wählen Sie nur aus dieser Liste den Ort aus, zu dem Sie die stärksten gefühlsmäßigen Bindungen haben.“²³

Ort	Gesamtbevölkerung	Jugendliche
Der Ort, die Stadt, die Gegend, in dem/der ich seit meiner Kindheit lebe.	41,9 %	56,1 %
Der Ort, die Stadt, die Gegend, in dem/der ich heute lebe.	24,0 %	14,4 %
Der Ort, die Stadt, die Gegend, in dem/der ich in der Kindheit gelebt habe, aber heute nicht mehr lebe.	11,6 %	8,3 %
Die alte Bundesrepublik (die „alten“ Länder)	2,6 %	2,6 %
Die ehemalige DDR (die „neuen“ Länder)	2,0 %	0,4 %
Deutschland insgesamt	7,8 %	7,7 %
Osteuropa	0,3 %	0,2 %
Westeuropa	1,9 %	2,2 %
Europa insgesamt	3,6 %	3,6 %
Die Welt	4,0 %	4,3 %

Spontan äußerten 7,8 Prozent der Befragten eine starke gefühlsmäßige Bindung an Gesamtdeutschland. Die Zahl derer, die sich mit einem der früheren Teile Deutschlands identifizieren, war sehr gering, mehr Befragte fühlten sich da schon eher als Europäer oder Weltbürger.

Es zeigte sich zusammenfassend 1995 also eine besondere Identifikation mit der lokalen Dimension des Lebensraumes, dem Ort, der am direktesten erfahrbar ist, und der den Alltag am stärksten bestimmt.

Was die deutsche Bevölkerung im Jahr 2002 als Heimat begreift und wozu sie sich zugehörig fühlt, zeigt Tabelle 2.

²³ Die Antworten lagen dem Befragten in Form einer Liste vor, so dass er alle möglichen Ausprägungen sehen konnte, als er sich für eine entschied. Das Verfahren ist somit als „gestützt spontan“ zu bezeichnen.

Tabelle 2: „Was betrachten Sie als Ihre Heimat?“

Meinen Geburtsort	21,0 %
Den Ort, in dem ich lebe	32,2 %
Meine Geburtsregion	9,9 %
Die Region, in der ich lebe	18,4 %
Deutschland	13,7 %
Europa	2,9 %
Die Welt	1,7 %
Sonstiges	0,2 %

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen fühlt sich bei ihrer heimatlichen Zugehörigkeit nicht an die Nation „Deutschland“ gebunden oder denkt gar in noch größeren Räumen. Mehr als die Hälfte der Befragten sieht seine Heimat in seinem Geburts- oder Wohnort, ein weiteres Drittel denkt an die Region, in der der Geburts- oder Wohnort liegt. Gerade einmal jeder Siebte verbindet das Wort „Heimat“ mit Deutschland und nahezu niemand möchte sich in Europa oder gar in der Welt beheimatet sehen.

Die Verwurzelung in dem engen geographischen Raum des Wohn- oder Geburtsortes bzw. der entsprechenden Region ist besonders stark in der älteren Generation. Unter den Befragten über 25 Jahren sehen sich 83 Prozent dort beheimatet, bei den Jüngeren sind es lediglich 74 Prozent. Zu Deutschland als ihrer Heimat bekennen sich dagegen 18 Prozent der jüngeren und lediglich 13 Prozent der älteren Befragten. Unterschiede gibt es auch zwischen den Schulabschlussgruppen. Abiturienten nennen zu 16 Prozent Deutschland, zu fünf Prozent Europa und zu sechs Prozent die Welt als ihre Heimat. Befragte ohne Abitur geben diese Antwort nur zu 13, drei und einem Prozent.

Unabhängig von den an „Heimat“ anknüpfenden emotionalen Bindungen ist das Gefühl, Europäer zu sein, unter den Deutschen nicht überwältigend stark, aber doch einigermaßen bemerkenswert ausgeprägt.

Tabelle 3: „Fühlen Sie sich als Europäer?“

Sehr	29,4 %
Etwas	42,1 %
Wenig	19,0 %
Überhaupt nicht	8,0 %
Weiß nicht/keine Angaben	1,5 %

Insgesamt fühlt sich doch ein knappes Drittel der Deutschen sehr als Europäer, weitere 40 Prozent betrachten sich noch als „etwas europäisch“. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten dagegen bezeichnet sich als wenig oder gar nicht europäisch. Dabei existieren zwischen den verschiedenen Gruppen von Befragten durchaus bemerkenswerte Unterschiede.

Besonders verbreitet ist der Gedanke, „Europäer“ zu sein, bei den Deutschen mit höherer formaler Bildung. Von den formal höher Gebildeten fühlen sich 41 Prozent „sehr“ an Europa gebunden, während Befragte mit niedrigerer formaler Bildung²⁴ diese Antwort nur zu 27 Prozent geben. Auch die Jugend tut sich mit Europa leichter als die ältere Generation. Während sich 36 Prozent der bis zu 25-Jährigen „sehr“ als Europäer fühlen, sind es bei den älteren Befragten lediglich 29 Prozent. Unterschiede treten auch in regionaler Hinsicht auf: In den „neuen“ Bundesländern tut man sich mit Europa etwas schwerer als in der „alten“ Bundesrepublik. Lediglich 20 Prozent der Bewohner der ehemaligen DDR fühlen sich „sehr“ als Europäer. Unter den westdeutschen Befragten ist diese Antwort zu 33 Prozent vertreten.

Dagegen fällt es den meisten Befragten relativ leicht, die Zugehörigkeit zu Europa mit der zu Deutschland zu verbinden.

Tabelle 4: „Wie leicht oder schwierig ist es Ihrer Ansicht nach, sich gleichzeitig als Deutscher und als Europäer zu fühlen?“

Sehr leicht	21,8 %
Eher leicht	44,4 %
Eher schwierig	21,0 %
Sehr schwierig	7,0 %
Weiß nicht/keine Angaben	5,9 %

²⁴ Zu den „höher Gebildeten“ werden Befragte gezählt, die angeben, mindestens die Hochschulreife zu besitzen, die „niedrigere formale Bildung“ drückt sich in Abschlüssen unterhalb des (Fach-)abiturs aus.

Immerhin geben zwei Drittel der Befragten an, es sei sehr oder ziemlich leicht, sich gleichzeitig als Europäer und als Deutscher zu fühlen. Unter denjenigen, die diese Antworten geben, sind jüngere Befragte und höher Gebildete weitaus häufiger vertreten als Angehörige älterer Jahrgänge bzw. niedriger Gebildete. Auch die Bewohner der neuen Bundesländer haben mehr Schwierigkeiten, sich als Deutsche und gleichzeitig als Europäer zu fühlen. 55 Prozent unter ihnen fällt es sehr oder ziemlich leicht, beides miteinander zu verbinden. In der alten Bundesrepublik beläuft sich die entsprechende Zahl auf 70 Prozent.

Wer sich selbst als Europäer fühlt, hat keine Schwierigkeiten sein Gefühl, ein Deutscher zu sein, mit einem Bekenntnis zu Europa zu verbinden. 99 Prozent derjenigen, die sich sehr als Europäer sehen, geben an, es falle ihnen sehr leicht, sich gleichzeitig auch als Deutscher zu fühlen. Unter den 136 Befragten, die sich dagegen überhaupt nicht als Europäer sehen, befindet sich lediglich ein einziger, dem es leicht fällt, Europa und Deutschland miteinander zu verbinden.

3.2 Wahrnehmung Europas und seiner Institutionen

Die durchaus ausgeprägte Bereitschaft der Deutschen, sich zu Europa zu bekennen, könnte ihren Ausdruck auch in der Bedeutung finden, die den europäischen Institutionen im täglichen Leben beigemessen wird. Tatsächlich aber ist der Einfluss Europas auf das Leben der Deutschen, so deren Einschätzung, gering.

Tabelle 5: „Sagen Sie mir bitte für jede der nachfolgenden Institutionen anhand dieser Skala wie groß oder wie klein deren Einfluss auf Ihren Alltag ist.“

Institutionen	sehr groß	groß	weder noch	eher klein	kein Einfluss	weiß nicht
EU-Ministerrat	1,7 %	12,7 %	21,9 %	24,8 %	29,1 %	9,7 %
Europaparlament	3,1 %	12,5 %	24,9 %	25,9 %	25,9 %	7,8 %
Europäische Kommission	4,1 %	11,8 %	25,4 %	23,1 %	26,7 %	8,9 %
Europäischer Gerichtshof	4,4 %	13,8 %	25,3 %	21,6 %	28,1 %	6,9 %
Europäische Zentralbank	10,1 %	22,9 %	24,1 %	17,3 %	18,9 %	6,7 %
Deutscher Bundestag	15,3 %	36,6 %	24,5 %	10,7 %	10,3 %	2,6 %
Deutsche Gerichte	12,6 %	30,2 %	26,4 %	14,9 %	13,2 %	2,8 %
Bundesbank	11,5 %	32,0 %	26,1 %	15,5 %	12,1 %	2,8 %
Bundesregierung	20,5 %	39,3 %	20,0 %	9,2 %	8,8 %	2,2 %
Bundeswehr	6,5 %	16,8 %	26,9 %	21,3 %	25,4 %	3,0 %

Lediglich Minderheiten von unter 20 Prozent der Befragten sehen einen hohen Einfluss des Ministerrates, des Europäischen Parlamentes, der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes auf das Leben der Deutschen. Unter allen europäischen Institutionen bildet allerdings die Europäische Zentralbank eine Ausnahme. Wohl bedingt durch die Einführung des Euro räumt immerhin ein Drittel der Deutschen ihr einen hohen Einfluss auf das Alltagsleben ein.

Sieht man einmal von der Bundeswehr ab, deren Auswirkungen auf das tägliche Leben als gering gesehen werden, so wird der Alltag in Deutschland von nationalen Institutionen, nicht von europäischen, bestimmt. So sehen mehr als die Hälfte der Befragten einen hohen Einfluss des Parlamentes und der Regierung und immerhin noch mehr als 40 Prozent einen solchen der deutschen Justiz und der Bundesbank.

In der Beurteilung des Einflusses der europäischen und deutschen Institutionen gibt es zwischen den Alters- und Schulbildungsgruppen und auch zwischen Ost- und Westdeutschen nur wenig Unterschiede. Die Einstellung zu Europa trennt allerdings auf den ersten Blick die Deutschen voneinander.

Tabelle 6: Einfluss europäischer und deutscher Institutionen auf das Alltagsleben und Gefühl „Europäer“ zu sein

	Antworten mit „sehr groß“ und „eher groß“	
	fühle mich sehr als Europäer (n = 255)	fühle mich überhaupt nicht als Europäer (n = 70)
EU-Ministerrat	15 %	11 %
Europaparlament	18 %	7 %
Europäische Kommission	19 %	7 %
Europäischer Gerichtshof	22 %	7 %
Europäische Zentralbank	39 %	19 %
Deutscher Bundestag	55 %	35 %
Deutsche Gerichte	48 %	27 %
Bundesbank	46 %	33 %
Bundesregierung	66 %	43 %
Bundeswehr	28 %	10 %

Wie ersichtlich räumen die Befragten, die sich selbst als Europäer fühlen, sowohl den europäischen als auch den deutschen Institutionen einen deutlich höheren Einfluss auf das Alltagsleben ein als die Befragten, die sich nicht als Europäer fühlen. Da die Unterschiede sowohl bei den

deutschen als auch den europäischen Institutionen auftreten, erscheint es unwahrscheinlich, dass ihre Ursache in der Einstellung zu Europa zu finden ist. Wahrscheinlicher ist, dass das Gefühl, Europäer zu sein, einhergeht mit einem höheren Interesse an Politik, das wiederum die Wahrnehmung auf das Wirken aller Institutionen lenkt.

Hinsichtlich das Gewichtes, das einzelnen Bereichen und Themenfeldern in der Europäischen Union zugemessen werden sollte, geben die befragten Deutschen eine Antwort, die offensichtlich sehr stark von Politikfeldern bestimmt wird, die auch in der innenpolitischen Diskussion Deutschlands zum Befragungszeitpunkt Ende 2002 eine große Rolle spielten.

Tabelle 7: „Welches Gewicht sollte Ihrer Meinung nach folgenden Themen innerhalb der EU beigemessen werden?“

Items	sehr hohes Gewicht	ein hohes Gewicht	ein mittleres Gewicht	ein niedriges Gewicht	ein sehr niedriges Gewicht	weiß nicht/ k. A.
Nahrungsmittelsicherheit	46,4 %	35,8 %	13,0 %	3,1 %	0,5 %	1,3 %
Beschäftigungspolitik	50,7 %	28,2 %	14,1 %	4,7 %	1,3 %	1,0 %
Sozialpolitik	37,2 %	36,6 %	18,4 %	5,6 %	1,0 %	1,3 %
Umweltschutz	42,6 %	37,4 %	14,9 %	3,4 %	0,2 %	1,4 %
Verteidigung	28,2 %	31,2 %	28,7 %	8,8 %	1,3 %	1,8 %
Innere Sicherheit	34,8 %	38,1 %	20,3 %	4,4 %	0,8 %	1,6 %
Gesundheitspolitik	39,5 %	37,7 %	15,4 %	5,1 %	1,5 %	0,8 %
Bildung und Kultur	25,9 %	36,4 %	27,6 %	7,3 %	1,5 %	1,4 %
Außenpolitik	25,9 %	39,6 %	25,4 %	5,8 %	0,9 %	2,4 %
Wissenschaft, Forschung, Technik	24,5 %	39,0 %	26,3 %	7,9 %	0,5 %	1,8 %
Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	20,2 %	33,8 %	30,8 %	12,0 %	1,9 %	1,4 %
Gemeinsame Agrarpolitik	18,0 %	39,7 %	29,5 %	8,8 %	1,9 %	2,1 %

Wie ersichtlich wünschen sich die Deutschen von den Europäischen Institutionen in erster Linie, dass sie sich um die Bereiche kümmern, die den Alltag bestimmen. Dies sind angesichts der vielen Lebensmittelskandale die Nahrungsmittelsicherheit und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland die Beschäftigungspolitik. Auch der Umweltschutz, die Innere Sicherheit und die Sozial- und Gesundheitspolitik sind Bereiche, die die Deutschen der Europäischen Union zur Beachtung empfehlen. Demgegenüber werden die Außen- und Sicherheitspolitik, die Kulturpolitik sowie Wissenschaft und Technik als weniger wichtig angesehen. Am wenigsten sollte sich

die Europäische Union um die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und um eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik, der die Deutschen offenbar überdrüssig sind, kümmern.

Die Nahrungsmittelsicherheit wird vor allem von den befragten Frauen gefordert. Sie legen auch mehr Wert als die Männer auf die Sozialpolitik, den Umweltschutz und die Gesundheitspolitik. Männern hingegen sind Wissenschaft und Forschung wichtiger als den Frauen. Ältere Befragte legen ein höheres Gewicht als jüngere auf den Umweltschutz, aber auch auf die Verteidigung und die Innere Sicherheit. Die Verteidigung wird in den neuen Bundesländern stärker nachgefragt als in den alten, ist allerdings für Befragte mit Abitur weniger wichtig als für diejenigen ohne Hochschulreife. Umgekehrt stellt es sich bei Bildung und Kultur dar. Während die höher Gebildeten ihr zu 72 Prozent ein hohes Gewicht beimessen, tun dies Befragte mit niedrigeren Bildungsabschlüssen lediglich zu 60 Prozent.

Die Befragten, die sich als Europäer fühlen, halten alle in Tabelle 6 angesprochenen Themenfelder für signifikant wichtiger für die Europäische Union als Befragte, die sich nicht als Europäer fühlen. Was die Aufgaben der Europäischen Union anbelangt, so fällt besonders auf, dass die Deutschen einer Erweiterung der Gemeinschaft mit erheblicher Skepsis gegenüberstehen.

Tabelle 8: „Sagen Sie mir bitte zu jeder dieser Aussagen, wie sehr Sie ihr zustimmen bzw. sie ablehnen.“

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils-teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht/ k. A.
Die EU sollte eine gemeinsame Außenpolitik haben.	31,1 %	36,6 %	20,9 %	5,1 %	3,3 %	3,0 %
Die EU sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben.	33,9 %	40,0 %	17,2 %	4,5 %	2,3 %	2,2 %
Die EU sollte eine gemeinsame europäische Armee haben.	22,0 %	28,1 %	27,0 %	11,4 %	7,3 %	4,1 %
Die EU sollte eine gemeinsame Politik der Inneren Sicherheit/ Justiz haben.	23,0 %	33,9 %	25,6 %	10,6 %	4,1 %	2,7 %
Die Europäische Union sollte eine gemeinsame Verfassung haben.	22,3 %	25,6 %	23,8 %	15,3 %	9,5 %	3,5 %
Die EU sollte erweitert werden und neue Länder aufnehmen.	12,1 %	21,6 %	31,5 %	15,9 %	14,1 %	4,8 %

Lediglich ein Drittel aller Befragten stimmt der Erweiterung der Europäischen Union um neue Länder zumindest teilweise zu. Nahezu die gleiche Anzahl der Deutschen lehnt sie aber mehr oder weniger ab. Auf Ablehnung trifft die Erweiterungsabsicht vor allem in den neuen Bundesländern und bei den Befragten, die sich nicht als Europäer fühlen. Während in Westdeutschland 13 Prozent der Erweiterung voll zustimmen, sind es in Ostdeutschland nur neun Prozent. Befragte, die sich als Europäer fühlen, stimmen zu 18 Prozent, solche, die dies nicht fühlen lediglich zu 14 Prozent voll zu. Auch sind Befragte mit höherer Bildung deutlich stärker für die Aufnahme neuer Länder als Angehörige bildungsfernerer Schichten. Auf deutliche Zustimmung stößt vor allem eine gemeinsame Außen- aber auch eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Mit ihnen sind 68 bzw. 74 Prozent der Deutschen zumindest teilweise einverstanden.

Skeptischer steht man dagegen einer gemeinsamen Armee, einer gemeinsamen Politik der Inneren Sicherheit und einer gemeinsamen Verfassung gegenüber. Jeweils ca. die Hälfte der Befragten befürworten diese Vorhaben zumindest teilweise. Die gemeinsame Außenpolitik findet ihre Hauptanhänger unter den Männern, den älteren Befragten und den besser Gebildeten. Die Befragten, die sich als Europäer bezeichnen, stimmen ihr zu 75 Prozent zu. „Nicht-Europäer“ verwenden sich lediglich zu 52 Prozent zumindest teilweise für sie.

Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wird in erster Linie von den jüngeren Befragten begrüßt. Diese sprechen sich zu 78 Prozent für die ESVP aus, während dies bei den älteren Befragten nur 64 Prozent sind. Besonders deutlich fallen in dieser Frage die Unterschiede zwischen „Europäern“ und „Nicht-Europäern“ aus. Während Erstere eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu 84 Prozent begrüßen, sprechen sich Letztere lediglich zu 51 Prozent für dieses Projekt aus.

Eine gemeinsame europäische Armee hat ihre Anhänger ebenfalls vorwiegend bei den Befragten, die sich als Europäer sehen. 59 Prozent von ihnen stimmen diesem Gedanken zumindest teilweise zu. Unter den „Nicht-Europäern“ sind es dagegen nur 39 Prozent.

Hinsichtlich der Befürwortung einer gemeinsamen Politik der Inneren Sicherheit und einer gemeinsamen Verfassung gibt es zwischen Männern und Frauen, alten und jungen Befragten, den Schulbildungsgruppen und den Bewohnern der alten und neuen Bundesländer kaum Unterschiede. Befragte, die sich als Europäer fühlen, sprechen sich ähnlich wie bei allen anderen Fragen allerdings deutlich zustimmender aus als Befragte, die sich selbst nicht als Europäer betrachten.

3.3 Risiken, Bedrohungen und die Sicherheitsorgane

Während die Deutschen sich zur Zeit des Kalten Krieges noch sehr stark vor einer Invasion des Warschauer Paktes fürchteten und sich auch von einem Atomkrieg bedroht fühlten, haben diese Risiken spätestens in den neunziger Jahren kontinuierlich an Bedeutung verloren. Im Vordergrund der Bedrohungsvorstellungen stehen zu Beginn des 21. Jahrhunderts vielmehr nicht-konventionelle Risiken wie der internationale Terrorismus, das organisierte Verbrechen, Umweltschädigungen, unkontrollierte Migrationsbewegungen und wirtschaftliche Krisen.

Tabelle 9: „Bitte sagen Sie bei jedem Aspekt, ob Sie sich persönlich davon gar nicht bedroht, nichts so stark, stark oder sehr stark bedroht fühlen.“

Bedrohungen	sehr stark bedroht	stark bedroht	weniger stark bedroht	schwach bedroht	gar nicht bedroht	weiß nicht/ k. A.
Nuklearer Konflikt	7,3 %	20,6 %	28,1 %	25,9 %	14,9 %	3,2 %
Konventioneller Krieg in Europa	5,4 %	13,0 %	31,6 %	29,0 %	18,6 %	2,5 %
Weltkrieg	7,8 %	15,5 %	29,5 %	26,1 %	19,0 %	2,1 %
Versehentlicher Abschuss einer Nuklearrakete	8,3 %	20,2 %	27,5 %	26,0 %	14,5 %	3,5 %
Weiterverbreitung von ABC-Waffen	13,1 %	31,0 %	25,1 %	19,0 %	8,3 %	3,4 %
Epidemien	5,5 %	19,5 %	31,7 %	25,7 %	14,4 %	3,3 %
Terroristischer Angriff	17,6 %	29,2 %	25,3 %	18,9 %	7,1 %	1,9 %
Organisierte Kriminalität	14,7 %	32,4 %	26,2 %	18,0 %	6,6 %	2,1 %
Unfall in einem Kernkraftwerk	8,0 %	23,7 %	35,8 %	21,0 %	9,4 %	2,2 %
Unkontrollierte Einwanderung	11,3 %	26,2 %	28,7 %	20,3 %	12,0 %	1,5 %
Umweltkatastrophen	15,7 %	35,8 %	28,3 %	13,5 %	5,5 %	1,3 %
Nahrungsmangel	2,7 %	8,0 %	23,8 %	25,2 %	38,9 %	1,4 %
Wirtschaftskrise	9,2 %	28,5 %	31,0 %	21,3 %	7,9 %	2,1 %

Im Vordergrund der Bedrohungsvorstellungen der Deutschen stehen im Jahre 2002 eindeutig Ängste vor Umweltkatastrophen und vor dem organisierten Verbrechen, halten doch diese Gefahren 52 Prozent bzw. 47 Prozent der Befragten für bedeutsam und fühlen sich von ihnen stark oder sehr stark bedroht. Auch terroristische Attacken und die Weiterverbreitung von Kern-, bakteriologischen und chemischen Waffen sehen noch nahezu die Hälfte der Deutschen als Bedrohung an. Ökonomische Krisen sowie unkontrollierte Einwanderungsbewegungen zählen noch etwa für ein Drittel der Befragten zu ihren Bedrohungsvorstellungen. Der nukleare und der konventionelle Krieg in Europa oder sogar ein neuer Weltkrieg schrecken dagegen nur noch ein Viertel oder

weniger der Deutschen. Ähnlich sieht es mit Epidemien und versehentlichen Abschüssen von Nuklearraketen aus. Am geringsten fühlt man sich von einem bevorstehenden Nahrungsmangel bedroht.

Bei den Bedrohungsvorstellungen gibt es keine Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten, sieht man einmal davon ab, dass sich Frauen von Umweltkatastrophen zu 56 Prozent, Männer nur zu 47 Prozent gefährdet sehen. Auch die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind gering: Ältere Befragte sehen in der Weiterverbreitung von ABC-Waffen und in Wirtschaftskrisen eine größere Bedrohung als jüngere. Diese wiederum schätzen stärker als Ältere die Gefahren des organisierten Verbrechens ein.

Die Schulbildung macht sich lediglich bei der unkontrollierten Einwanderung bemerkbar, die von Befragten ohne Abitur als bedrohlicher angesehen wird als von jenen mit mindestens der Hochschulreife. Befragte in den neuen Bundesländern unterscheiden sich von denen in der alten Bundesrepublik dadurch, dass lediglich 21 Prozent von ihnen in einem Kernkraftwerkunfall eine Gefahr sehen. Demgegenüber fühlen sich aber 35 Prozent der Westdeutschen hiervon bedroht. Durch organisiertes Verbrechen sehen sich 51 Prozent der Befragten im Westen, aber nur 35 Prozent der Ostdeutschen in Gefahr. Umweltkatastrophen sind dagegen, wohl bedingt durch die Hochwasser an Oder und Elbe, für 54 Prozent der Bewohner der neuen Länder, aber nur für 44 Prozent der Westdeutschen eine Bedrohung.

Befragte, die sich selbst als Europäer einschätzen, sehen sich in nahezu allen Aspekten stärker bedroht als solche, die sich als Nicht-Europäer bezeichnen. Für die „Europäer“ sind vor allem nukleare Konflikte, konventionelle Kriege, Weltkriege, der versehentliche Abschuss einer Nuklearrakete, die Weiterverbreitung von ABC-Waffen, Unfälle in Kernkraftwerken und Umweltkatastrophen im höheren Maße eine Bedrohung als für die Befragten, die sich nicht zu Europa bekennen.

Möglicherweise ist somit das Bekenntnis zu Europa auch aus den Bedrohungsvorstellungen heraus begründet, liegt doch der Gedanke nahe, dass nur ein gemeinsames größeres Europa all die Gefahren meistern kann.

Um den Risiken und Gefährdungen zu begegnen, von denen sich die Deutschen bedroht fühlen, sind verschiedene Maßnahmen möglich, die von diplomatischen Schritten bis hin zum militäri-

schen Eingreifen reichen können. Welche Vorgehensweisen die Deutschen für angebracht und optimal halten, zeigt Tabelle 10.

Tabelle 10: „Frieden und Stabilität werden durch verschiedene Risiken und Gefährdungen bedroht. Wie geeignet sind Ihrer Meinung nach die folgenden politischen und militärischen Maßnahmen, um Frieden und Stabilität zu wahren?“

	sehr geeignet	eher geeignet	weder/ noch	eher un- geeignet	völlig un- geeignet	weiß nicht/ k. A.
Militärisches Eingreifen zum Schutz der Menschenrechte	15,8 %	34,7 %	23,0 %	17,6 %	6,3 %	2,6 %
Diplomatische Schritte	45,2 %	36,5 %	11,6 %	3,0 %	0,6 %	3,2 %
Unterstützung von Demokratisierungsprozessen	35,5 %	38,8 %	15,1 %	4,8 %	0,8 %	5,1 %
Militärische Friedenswahrung/-sicherung	27,7 %	41,4 %	16,9 %	8,8 %	2,3 %	3,0 %
Strenge Grenzkontrollen, um Zuwanderung zu stoppen	30,0 %	36,7 %	19,2 %	9,0 %	2,1 %	3,1 %
Verstärkte wirtschaftliche Hilfe für Entwicklungsländer	23,7 %	37,9 %	22,5 %	9,8 %	1,7 %	4,4 %
Abschreckung potenzieller Aggressoren	21,3 %	35,9 %	19,5 %	10,7 %	3,2 %	9,4 %
Kriegsführung für eine gute Sache	10,0 %	13,9 %	26,5 %	22,1 %	22,3 %	5,1 %
Bekämpfung des Terrorismus mit militärischen Mitteln	20,6 %	31,9 %	22,1 %	14,3 %	6,8 %	4,2 %

Wie ersichtlich sprechen sich die Befragten in erster Linie für gewaltlose Maßnahmen aus, um den Gefährdungen zu begegnen. Dabei stehen diplomatische Schritte ganz oben auf der Liste geeigneter Mittel zur Friedenswahrung. Auch die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und die Verschärfung von Grenzkontrollen, um unerwünschte Migrationsprozesse zu stoppen, werden von einer breiten Mehrheit für unerlässlich oder zumindest für geeignet gehalten. Unter den eher gewaltfreien Maßnahmen stößt eine verstärkte wirtschaftliche Hilfe für Entwicklungsländer noch auf die geringste Gegenliebe. Dennoch halten sie nahezu zwei Drittel für eine geeignete Vorgehensweise.

Im Vergleich zu eher gewaltlosen Lösungsansätzen werden militärische Maßnahmen für weitaus weniger geeignet gehalten. Vor allem wird ein Krieg, selbst wenn er für eine gute Sache geführt

wird, mehrheitlich abgelehnt. Andere militärische Vorgehensweisen, wie ein gewaltsames Eingreifen zum Schutz der Menschenrechte und die Bekämpfung des Terrorismus werden gerade noch von der Hälfte der Befragten für zumindest eher geeignet gehalten. Demgegenüber findet eine militärische Friedensbewahrung und die Abschreckung von Aggressoren immerhin noch die Zustimmung von etwa zwei Dritteln der Deutschen.

Was die Einstellungen zu den o. a. Maßnahmen anbelangt, sind Unterschiede zwischen den Befragten vor allem hinsichtlich des Bildungsstandes erkennbar. So sprechen sich 80 Prozent der Befragten mit höherem Bildungsabschluss, aber nur 72 Prozent der formal weniger Gebildeten für die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen aus. Letztere sind demgegenüber stärker für eine militärische Friedensbewahrung (71 Prozent), für strenge Grenzkontrollen (69 Prozent) sowie für abschreckende Maßnahmen (58 Prozent) als Erstere (62, 57 bzw. 51 Prozent).

Bei der Befürwortung von Grenzkontrollen und bei abschreckenden Maßnahmen findet man auch einen Ost-West-Gegensatz, stimmen doch Ostdeutsche diesen Vorgehensweisen zu 72 und zu 63 Prozent zu. Im Westen liegen die Zustimmungsraten lediglich bei 65 und 55 Prozent.

Befragte, die sich als Europäer bezeichnen, unterscheiden sich von „Nicht-Europäern“ dadurch, dass sie häufiger eine verstärkte wirtschaftliche Hilfe für Entwicklungsländer (64–57 Prozent) und eine Kriegsführung für eine gute Sache (25–18 Prozent), aber seltener schärfere Grenzkontrollen (59–79 Prozent) fordern.

Was den Einsatz von Streitkräften anbelangt, so sind sie ihrer Natur nach für solche Maßnahmen vorgesehen, die den Einsatz von Gewalt nicht ausschließen. In nahezu allen Ländern der Erde werden Armeen in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Maße aber auch für andere, eher friedliche Aufgaben eingesetzt. Zu welchen Aufgaben das Militär in den Augen der Deutschen besonders geeignet ist, lässt sich aus Tabelle 11 entnehmen.

Tabelle 11: „Wie geeignet sind Streitkräfte für die Lösung der folgenden Aufgaben?“

	sehr geeignet	eher geeignet	weder/ noch	eher un- geeignet	völlig un- geeignet	weiß nicht/ k. A.
Katastrophenhilfe	64,8 %	28,3 %	4,9 %	0,9 %	0,3 %	0,8 %
Humanitäre Hilfe für andere Länder	43,6 %	37,6 %	11,3 %	5,9 %	0,7 %	0,9 %
Terrorismusbekämpfung	33,3 %	34,9 %	18,4 %	8,6 %	2,6 %	2,3 %

	sehr geeignet	eher geeignet	weder/ noch	eher ungeeignet	völlig ungeeignet	weiß nicht/ k. A.
Zusammenarbeit mit der Polizei zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit	31,5 %	38,7 %	17,0 %	8,2 %	2,9 %	1,8 %
Grenzschutz zur Kontrolle der Einwanderung	31,8 %	36,0 %	18,1 %	10,0 %	1,7 %	2,3 %
Schutz von Menschenrechten	24,3 %	30,7 %	23,4 %	16,8 %	3,0 %	1,9 %
Evakuierung von Bürgern aus Konfliktgebieten	54,5 %	31,8 %	9,4 %	3,1 %	0,2 %	1,0 %
Friedenserhaltende Einsätze	46,3 %	36,3 %	11,1 %	4,0 %	0,6 %	1,8 %
Friedens erzwingende Maßnahmen	22,6 %	31,4 %	23,1 %	12,8 %	5,7 %	4,4 %
Verteidigung des nationalen Staatsgebietes	50,6 %	30,4 %	11,7 %	4,0 %	1,0 %	2,2 %
Schutz europäischer Interessen	23,6 %	39,6 %	23,6 %	7,2 %	1,8 %	4,2 %
Verteidigung des Territoriums von Verbündeten	30,2 %	39,3 %	17,6 %	5,6 %	2,5 %	4,8 %

Noch bis vor kurzer Zeit galt im Meinungsbild der Bevölkerung die Verteidigung des eigenen Landes unbestritten als die Hauptaufgabe der deutschen Streitkräfte. So ermittelte z. B. das Meinungsforschungsinstitut Emnid im Jahre 1991, dass 91 Prozent der Deutschen der Meinung waren, die Streitkräfte sollten sich der Verteidigung innerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland widmen.²⁵

Dies hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts dramatisch verändert, rangieren doch mehrere andere Aufgaben hinsichtlich des Grades ihrer Eignung vor der Landesverteidigung. Rechnet man in Tabelle 11 die Werte für „sehr geeignet“ und „eher geeignet“ zusammen, so ergibt sich folgende Rangfolge:

- | | | |
|----|--|--------|
| 1. | Katastrophenhilfe | 93,1 % |
| 2. | Evakuierung von Bürgern aus Konfliktgebieten | 86,3 % |
| 3. | Friedenserhaltende Einsätze | 82,6 % |
| 4. | Humanitäre Hilfe für andere Länder | 81,2 % |

²⁵ Hoffmann, Hans-Viktor (1992): Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation. Waldbröl, S. 12.

5.	Verteidigung des nationalen Staatsgebietes	81,0 %
6.	Zusammenarbeit mit der Polizei	70,2 %
7.	Verteidigung des Territoriums von Verbündeten	69,5 %
8.	Terrorismusbekämpfung	68,3 %
9.	Grenzschutz zur Kontrolle der Einwanderung	67,8 %
10.	Schutz europäischer Interessen	63,2 %
11.	Schutz von Menschenrechten	55,0 %
12.	Friedens erzwingende Maßnahmen	54,0 %

Im Vordergrund der Eignung steht eindeutig die Katastrophenhilfe und die Evakuierung von Bürgern aus Konfliktgebieten. Das ehemals dominierende Aufgabengebiet des Schutzes des eigenen Landes folgt erst an fünfter Stelle nach der humanitären Hilfe für andere Länder.

Angesichts der Diskussion in Deutschland um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren des Landes, der z. Z. nur in engen verfassungsrechtlichen Grenzen möglich ist, muss die Haltung der Bevölkerung erstaunen, sprechen sich doch über zwei Drittel der Befragten für den Einsatz der Streitkräfte in Zusammenarbeit mit der Polizei, bei der Bekämpfung des Terrorismus und bei der Überwachung der Grenzen aus. Die Verteidigung des Territoriums von Verbündeten erreicht in der o. a. Liste zwar „nur“ Rangplatz 7, immerhin halten aber nahezu 70 Prozent der Befragten die deutschen Streitkräfte hierfür für geeignet. Skeptisch gesehen wird der Einsatz der bewaffneten Macht für den Schutz von Menschenrechten und für friedens erzwingende Maßnahmen. Nur etwas mehr als die Hälfte betrachten Streitkräfte hierfür als geeignete Mittel.

An der Eignungsrangfolge ändert sich in den nach statistischen Merkmalen gebildeten Untergruppen nur wenig. Entgegen möglicher Erwartungen setzen sich Befragte, die sich als Europäer sehen, auch nicht deutlich stärker als die Gesamtbevölkerung für die Verteidigung europäischer Interessen ein. Lediglich 65,5 Prozent von ihnen und damit nur zwei Prozent mehr als in der Gesamtbevölkerung halten die Streitkräfte hierfür für geeignet.

Angesichts der Ergebnisse in Tabelle 11 und der aus ihr hervorgehenden Rangfolge könnte der Eindruck entstehen, die Deutschen betrachteten ihre Streitkräfte in erster Linie als Katastrophenschutzorganisation und trauten ihnen kriegerische Auseinandersetzungen nur noch unzureichend zu. Dieser Eindruck wird durch die Ergebnisse in Tabelle 12 zumindest partiell bestätigt.

Tabelle 12: „Bitte sagen Sie mir, zu jeder der folgenden Aussagen zum Thema Streitkräfte, wie sehr Sie ihr zustimmen bzw. sie ablehnen.“

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teil-teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht/ k. A.
Streitkräfte helfen jungen Menschen bei ihrer Integration in die Gesellschaft	12,2 %	31,6 %	23,8 %	16,9 %	11,1 %	4,4 %
Streitkräfte sind ein Symbol nationaler Einheit	17,1 %	34,0 %	27,1 %	12,9 %	5,2 %	3,6 %
Streitkräfte bringen den jungen Menschen Disziplin und Respekt bei	18,6 %	29,0 %	29,5 %	11,6 %	8,1 %	3,2 %
Streitkräfte sind nutzlos	2,6 %	6,5 %	18,2 %	31,5 %	38,7 %	2,5 %
Streitkräfte stehen für Werte wie Freiheit und Demokratie	15,8 %	31,8 %	31,2 %	11,6 %	5,6 %	3,9 %
Streitkräfte bereiten auf Krieg und Kampf vor	10,5 %	25,8 %	31,6 %	18,1 %	10,7 %	3,3 %
Streitkräfte führen nützliche friedenserhaltende Missionen durch	25,3 %	39,1 %	26,5 %	5,8 %	1,5 %	1,8 %
Streitkräfte helfen ihrem Land in Notstands- und Katastrophenfällen	52,5 %	32,7 %	11,5 %	1,8 %	0,2 %	1,3 %
Streitkräfte verteidigen ihr Land und sein Territorium	41,0 %	35,1 %	18,0 %	3,0 %	0,7 %	2,2 %

In der Tat stimmen die befragten Deutschen mit einer breiten Mehrheit von 85 Prozent dem Item „Streitkräfte helfen ihrem Land in Notstands- und Katastrophenfällen“ zumindest teilweise zu. An zweiter Stelle rangiert allerdings bereits die Aussage, dass die Streitkräfte ihr Land und sein Territorium verteidigen, dem immerhin noch 76 Prozent der Deutschen ihre Zustimmung erteilen. Von mehr als der Hälfte der Befragten werden außerdem noch die Items „Streitkräfte sind ein Symbol nationaler Einheit“ und „Streitkräfte führen nützliche friedenserhaltende Missionen durch“ gebilligt. Bei allen anderen Aufgabenbereichen fallen die Zustimmungen dagegen unter die 50-Prozent-Marke, darunter auch der Gedanke, dass Streitkräfte auf Krieg und Kampf vorbereiten. Dieser ureigensten Aufgabe aller Armeen der Welt stimmen sogar weniger Befragte zu als etwa den Items „Streitkräfte helfen jungen Menschen bei ihrer Integration in die Gesellschaft“ und „Streitkräfte bringen den jungen Menschen Disziplin und Respekt bei“. Auch der Glaube, dass Streitkräfte für Werte wie Demokratie und Freiheit stehen, ist in der Bevölkerung stärker vertreten als der Gedanke an Krieg und Kampf. Lediglich eine kleine Minderheit von weniger als

zehn Prozent hält die Armee für nutzlos, die breite Mehrheit widerspricht dieser Aussage. Dabei schwebt jedoch auch dieser Mehrheit offensichtlich ein Bild vor, das den Verteidigungsgedanken zwar nicht ausblendet, wohl aber den Gedanken an Krieg und Kampf weitgehend verdrängt. Diese Sichtweise vertreten besonders deutlich die Befragten über 25 Jahre, die dem „Kampf und Krieg“-Item lediglich zu 35 Prozent zustimmen. Demgegenüber sehen die Jüngeren (46 Prozent) ebenso wie die höher Gebildeten die Möglichkeiten eines Einsatzes von Streitkräften in Krieg und Kampf mit 41 Prozent. Befragte mit geringerer Bildung wiederum stellen eine solche Verbindung nur zu 35 Prozent her. Besonders auffällig ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen: In den neuen Ländern erhält das Item „Streitkräfte bereiten auf Krieg und Kampf vor“ eine Zustimmung von 47 Prozent, im Westen beläuft sie sich lediglich auf 32 Prozent. Einig sind sich die Bewohner beider Landesteile in der Ablehnung der Aussage, dass die Streitkräfte nutzlos seien. Sowohl im Westen wie im Osten stimmen diesem Item jeweils nur neun Prozent zu.

3.4 Nationale Streitkräfte oder Europaarmee?

Wie bereits einleitend gezeigt, wachsen Europas Armeen immer stärker zusammen, sind bi- oder multinationale Großverbände in manchen Ländern oft die Regel und nicht mehr die Ausnahme. Ob diese Zusammenschlüsse aber bereits auf eine gemeinsame europäische Armee in der Zukunft hindeuten ist noch fraglich. Die Bevölkerungsmeinung jedenfalls ist gespalten.

Tabelle 13: „Wie sollten Ihrer Meinung nach die Streitkräfte innerhalb Europas organisiert werden?“

Eine gemeinsame Europaarmee anstelle nationaler Streitkräfte	14,5 %
Parallel zu den nationalen Streitkräften eine Europäische Schnelle Eingreiftruppe	31,6 %
Nationale Streitkräfte und eine Schnelle Eingreiftruppe, die nach Bedarf eingesetzt wird	36,0 %
Nur nationale Streitkräfte	5,7 %
Überhaupt keine Streitkräfte	3,0 %
Weiß nicht/keine Angaben	9,2 %

Zwar scheint die Zeit der Nationalarmee in den Augen der Bevölkerung endgültig zu Ende zu gehen, wird sie doch nur noch von einer extremen Minderheit von knapp sechs Prozent als Modell der Zukunft präferiert. Ob ihr dann aber gleich eine gemeinsame europäische Armee folgen soll, erscheint, legt man die Bevölkerungsmeinung zu Grunde, fraglich. Lediglich knapp

15 Prozent sprechen sich für sie aus. Geht es nach der Meinung der Befragten, so wird es in Europa in der Zukunft weiterhin nationale Armeen geben, neben denen aber auch gemeinsame Truppenteile ständig oder aber auf ad hoc-Basis existieren werden. Immerhin sprechen sich für ein solches Modell über zwei Drittel aller Befragten aus. Dabei gibt es zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen kaum Unterschiede, sieht man einmal davon ab, dass das Modell einer Europaarmee bei den Befragten, die sich als Europäer sehen, immerhin eine Anhängerschaft von 21 Prozent hat, während „Nicht-Europäer“ zu 14 Prozent für das alleinige Fortbestehen nationaler Streitkräfte plädieren. Auch was die Entsendung möglicher europäischer Truppen zu Einsätzen anbelangt, scheint die Zeit nationaler Entscheidungsbefugnisse zu Ende zu gehen, will doch eine breite Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Entscheidung über solche Einsätze bei den europäischen Instanzen sehen.

Tabelle 14: „Wie sollten Ihrer Meinung nach Entscheidungen zur Entsendung europäischer Truppen zu Einsätzen getroffen werden?“

Durch die Nationalregierungen, entsprechend ihren jeweiligen Gesetzen	21,4 %
Durch die EU-Mitgliedstaaten und zwar durch einstimmige Entscheidung	32,0 %
Durch die EU-Mitgliedstaaten und zwar durch eine Mehrheitsentscheidung	36,4 %
Weiß nicht/keine Angaben	10,1 %

Eindeutig will die deutsche Bevölkerung die Entsendung europäischer Truppen auch von Europa und nicht von den nationalen Regierungen beschließen lassen. Lediglich in der Frage, ob bei solchen Einsätzen Einstimmigkeit verlangt werden soll, gehen die Meinungen auseinander. Lediglich 36 Prozent der befragten Deutschen wollen eine Mehrheitsentscheidung. Immerhin 32 Prozent pochen dagegen auf Einstimmigkeit. Auf jeden Fall aber sollen Entscheidungen in Bezug auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa gefällt werden.

Tabelle 15: „Wie sollten Ihrer Meinung nach Entscheidungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik getroffen werden?“

Durch ein Mehrheitsvotum der EU-Mitgliedstaaten	40,4 %
Durch ein Mehrheitsvotum im EU-Ministerrat	15,2 %
Durch den NATO-Rat	13,9 %
Durch den UNO-Sicherheitsrat	14,0 %
Weiß nicht/keine Angaben	16,5 %

Die Befragten präferieren eindeutig in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Mehrheitsvotum der europäischen Staaten. Eine Übertragung dieser Kompetenz auf den Ministerrat, den NATO-Rat oder gar den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wünschen jeweils nur Minderheiten von 15 Prozent und weniger. Dieser Wunsch nach Entscheidungen durch die Europäer selbst darf aber nicht missverstanden werden als eine Distanzierung von der NATO oder der UN. Ihnen werden weiterhin wichtige Aufgaben zugestanden. Insbesondere im militärischen Bereich erscheint die NATO den meisten Deutschen noch ein unverzichtbarer Partner zu sein. Gefragt danach, für welche Risiken welche Institution bzw. welches Land in erster Linie zuständig sein sollte, ergab sich das folgende Ergebnis.

Tabelle 16: „Sagen Sie mir nun zu jeder dieser Bedrohungen, ob Ihrer Meinung nach Deutschland, Europa, die NATO oder die UNO am besten zu ihrer Abwehr geeignet ist.“

	Deutschland	Europa	NATO	UNO	keine davon	weiß nicht/ k. A.
Nuklearer Konflikt	2,3 %	11,2 %	43,2 %	25,2 %	6,3 %	11,9 %
Konventioneller Krieg in Europa	3,4 %	28,2 %	44,8 %	11,3 %	4,0 %	8,3 %
Weltkrieg	2,6 %	7,3 %	38,3 %	34,9 %	7,4 %	9,5 %
Versehentlicher Abschuss einer Nuklearrakete	3,6 %	8,8 %	33,3 %	15,6 %	23,0 %	15,6 %
Weiterverbreitung von ABC-Waffen	4,6 %	10,3 %	31,1 %	31,4 %	10,0 %	12,7 %
Epidemien	10,7 %	22,9 %	9,8 %	29,1 %	14,4 %	13,1 %
Terroristischer Angriff	12,7 %	16,6 %	34,1 %	18,1 %	10,8 %	7,6 %
Organisiertes Verbrechen	21,4 %	37,3 %	15,5 %	9,2 %	8,7 %	7,9 %
Unfall in einem Kernkraftwerk	26,1 %	25,4 %	9,4 %	10,4 %	17,0 %	11,7 %
Unkontrollierte Einwanderung	35,8 %	40,4 %	5,9 %	5,8 %	5,5 %	6,6 %
Umweltkatastrophen	18,5 %	33,8 %	6,2 %	18,2 %	15,8 %	7,5 %
Nahrungsmangel	17,4 %	31,2 %	6,5 %	27,6 %	8,0 %	9,2 %
Wirtschaftskrise	21,0 %	41,3 %	6,8 %	10,3 %	11,2 %	9,5 %

Von einer alleinigen Verantwortung und Zuständigkeit Deutschlands in wichtigen Sicherheitsfragen haben sich die Deutschen weitgehend verabschiedet. Eine rein nationale Problemlösungskompetenz wird Deutschland nur bei Unfällen in Kernkraftwerken und auch dort nur mit sehr knapper Mehrheit zugeschrieben. Bei der Weiterverbreitung von ABC-Waffen und bei Epidemien

mien sehen die Befragten zuvorderst die Vereinten Nationen in der Verantwortung, Europa dagegen soll bei der Kontrollierung der Migration, bei Umweltkatastrophen, bei Nahrungsmangel, in der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und bei Wirtschaftskrisen die Führung übernehmen. In allen Fragen der militärischen Verteidigung ist dagegen nach Meinung der Deutschen die NATO die bestimmende Größe. Dies gilt sowohl für nukleare als auch für konventionelle Konflikte, ebenso für den Fall eines Weltkrieges, für den versehentlichen Abschuss von Nuklearraketen, für die Weiterverbreitung von ABC-Waffen und für die Bekämpfung des Terrorismus. Auch Befragte, die sich als Europäer bekennen, schätzen die Zuständigkeiten kaum anders ein. Allerdings sehen sie bei Unfällen in Kernkraftwerken nicht den Nationalstaat, sondern in erster Linie Europa in der Verantwortung.

Zwischenzeitlich hat sich Europa entschlossen, eine eigene schnelle Eingreiftruppe in Stärke von ca. 60 000 Soldaten aufzustellen. Dass Deutschland sich an dieser Truppe beteiligt, trifft bei der Mehrheit der Befragten, besonders aber den Befragten, die sich als Europäer fühlen, auf Zustimmung.

Tabelle 18: „Was halten Sie von der Beteiligung Deutschlands an der Europäischen Eingreiftruppe?“

	Gesamtbevölkerung	Befragte, die sich als Europäer fühlen
Voll und ganz einverstanden	28,3 %	33,7 %
Eher einverstanden	44,1 %	46,1 %
Eher nicht einverstanden	13,2 %	12,0 %
Überhaupt nicht einverstanden	6,2 %	3,1 %
Weiß nicht/keine Angaben	8,2 %	5,0 %

In der Gesamtbevölkerung sind über zwei Drittel der Befragten, mit der Entscheidung Deutschlands, sich an der Europäischen Eingreiftruppe zu beteiligen, zumindest „eher“ einverstanden. Lediglich knapp 20 Prozent sind dagegen. Unter den Befragten, die sich als Europäer sehen, beträgt die entsprechende Zustimmung sogar nahezu 80 Prozent, nur 15 Prozent lehnen die Entscheidung ab. In der Bevölkerung fällt auf, dass die Westdeutschen mit 74,3 Prozent sich wesentlich deutlicher zu einem deutschen Beitrag bekennen als die Ostdeutschen, bei denen die Zustimmungsrate lediglich 66,8 Prozent beträgt. Auch die Befragten mit höherer Bildung sprechen sich mit 80 Prozent signifikant deutlicher für eine Beteiligung aus als jene mit niedrigeren Schulabschlüssen mit 70,4 Prozent. Erkennbare Unterschiede bestehen auch zwischen den Ge-

schlechtern. Während Männer zu 78,7 Prozent einer deutschen Beteiligung an der Eingreiftruppe zustimmen, sind es bei den Frauen lediglich 65,6 Prozent. Im Verhältnis zur NATO wird die Europäische Eingreiftruppe interessanterweise keineswegs als minder wichtig angesehen.

Tabelle 19: „Wie sollte Ihrer Meinung nach das Verhältnis zwischen Europäischer Eingreiftruppe und NATO sein?“

Die Europäische Eingreiftruppe sollte weniger bedeutend als die NATO sein	20,0 %
Die Europäische Eingreiftruppe sollte genauso wichtig wie die NATO sein	58,3 %
Die Europäische Eingreiftruppe sollte wichtiger als die NATO sein	8,2 %
Weiß nicht/keine Angaben	13,6 %

Eine Mehrheit von nahezu 60 Prozent misst der Europäischen Eingreiftruppe vielmehr die gleiche Bedeutung zu wie der NATO. Lediglich ein Fünftel der Befragten sieht sie als weniger wichtig an, acht Prozent sind der gegenteiligen Meinung. Diesem Gesamturteil schließen sich auch die Befragten, die sich als Europäer fühlen, an. 19 Prozent sehen die Eingreiftruppe weniger wichtig als die NATO, 60 Prozent sind von gleicher Wichtigkeit überzeugt und acht Prozent erachten sie als weniger wichtig. Wie die deutsche Bevölkerung die Aufgaben für die Europäische Eingreiftruppe sieht, zeigt Tabelle 20.

Tabelle 20: „Die Europäische Union hat beschlossen, eine gemeinsame Kriseneingreiftruppe von bis zu 60 000 Soldaten aus den Mitgliedsländern aufzustellen. Sagen Sie mir bitte zu den folgenden Aufgaben, wie geeignet Ihrer Meinung nach eine solche Eingreiftruppe für die jeweilige Aufgabe ist.“

	sehr geeignet	eher geeignet	weder/ noch	eher ungeeignet	völlig ungeeignet	weiß nicht/ k. A.
Katastrophenhilfe	58,8 %	30,9 %	5,9 %	2,7 %	0,7 %	0,9 %
Humanitäre Hilfe für andere Länder	43,0 %	37,9 %	12,3 %	4,9 %	0,9 %	1,0 %
Terrorismusbekämpfung	41,6 %	31,6 %	15,4 %	6,8 %	2,3 %	2,3 %
Zusammenarbeit mit der Polizei zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit	30,3 %	37,7 %	18,0 %	9,2 %	2,6 %	2,1 %
Grenzschutz zur Kontrolle der Einwanderung	33,5 %	32,0 %	18,7 %	11,4 %	2,7 %	1,6 %

	sehr geeignet	eher geeignet	weder/ noch	eher unge- eignet	völlig unge- eignet	weiß nicht/ k. A.
Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens	33,4 %	33,5 %	16,8 %	10,1 %	3,4 %	2,7 %
Schutz von Menschenrechten	26,6 %	35,0 %	21,9 %	11,4 %	3,1 %	2,1 %
Evakuierung von Bürgern aus Konfliktgebieten	51,0 %	34,9 %	8,6 %	3,8 %	0,7 %	1,1 %
Friedenserhaltende Einsätze	45,2 %	36,3 %	11,4 %	4,3 %	1,6 %	1,3 %
Friedens erzwingende Maßnahmen	24,4 %	30,8 %	21,6 %	13,1 %	6,3 %	3,9 %
Verteidigung des nationalen Staatsgebietes und nationaler Interessen	32,6 %	35,9 %	17,0 %	8,1 %	3,6 %	2,7 %
Schutz europäischen Territoriums und europäischer Interessen	38,0 %	37,7 %	12,5 %	5,8 %	2,9 %	3,1 %
Verteidigung des Territoriums und der Interessen von Verbündeten	33,0 %	37,5 %	15,7 %	5,5 %	4,2 %	4,1 %

Hauptaufgabe der Europäischen Eingreiftruppe soll die Katastrophenhilfe sein. Nahezu 90 Prozent der Befragten halten sie dazu für geeignet. An zweiter Stelle folgt die Fähigkeit, Bürger aus Konfliktzonen zu evakuieren und an dritter die Eignung zu friedenserhaltenden Einsätzen. Humanitäre Missionen für andere Länder nehmen den vierten und die Bekämpfung des Terrorismus den fünften Rangplatz ein. Damit betrauen die Deutschen die Europäische Eingreiftruppe in nahezu gleicher Rangfolge wie die nationalen Streitkräfte (vgl. Tabelle 11) mit den selben Aufgaben. Lediglich die Bekämpfung des Terrorismus erhält für die Eingreiftruppe einen höheren Stellenwert, die Verteidigung des nationalen Territoriums und der nationalen Interessen tritt hinter die Verteidigung Europas und dessen Interessen zurück. Für die Befragten, die sich als Europäer fühlen, ist die Verteidigung Europas sogar nahezu die Hauptaufgabe für die Europäische Eingreiftruppe, setzen sie sie doch hinter die Katastrophenhilfe und die Evakuierung von Bürgern zusammen mit der humanitären Hilfe für andere Länder an die dritte Stelle einer Rangliste der Aufgaben.

4 Schlussfolgerungen

In ihren Antworten auf diesem umfassenden Fragebogen haben die deutschen Befragten eine Reihe interessanter Sichtweisen auf das gegenwärtige Europa wie auch auf die künftigen Prozesse im Zusammenhang mit der europäischen Integration wiedergegeben. Diese Wahrnehmungen und Einstellungen sollten in der Diskussion um das breite Themenspektrum der Europapolitik im

Allgemeinen sowie der weiteren Ausformulierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Besonderen berücksichtigt werden.

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht der Europäischen Union und dem europäischen Integrationsprozess reserviert positiv gegenüber. Allerdings betrachten die Deutschen Europa nicht als eine visionäre Idee, durch die sie sich zum persönlichen und emotionalen Engagement motiviert fühlen. Affektive Bindungen im Sinne von starkem Zugehörigkeitsgefühl für eine größere soziale Einheit bleiben für die Vorstellungen von der sehr lebensweltnahen und räumlich eher eng definierten Heimat reserviert. Verglichen mit den emotionalen Beziehungen, die sich an Heimat festmachen, werden die EU und in den Augen der Deutschen auch der eigene Nationalstaat in erster Linie als funktionale Organisationen betrachtet, die für ihre Bürger eine breite Palette von Aufgaben und Dienstleistungen zu erfüllen haben. Aus dieser gedanklichen Position heraus versuchen die deutschen Befragten dann in rationaler Weise zu unterscheiden, welche Aufgaben eher von nationalen und welche eher von europäischen Instanzen einer erfolgreichen Bearbeitung zugeführt werden können. Vor dem Hintergrund dieser funktionalistischen Einschätzung von Deutschland wie Europa verwundert es nicht, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen keine Probleme damit hat, die unterschiedlichen Identitäten als Deutsche und Europäer miteinander zu vereinbaren – beide Sphären werden bezüglich ihrer emotionalen Bindungskraft als gleichermaßen neutral betrachtet.

Was die Europa zugeschriebenen konkreten Aufgaben und Kompetenzen angeht, sind die Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen einigermaßen hochfliegend. In den meisten relevanten Bereichen des täglichen Lebens wünschen sich die Befragten stärkere europäische Einflüsse auf die Gestaltung des Alltagslebens – wohl um die als unzureichend erlebten nationalen Problemlösungsansätze zu ergänzen. Interessanterweise jedoch werden die tatsächlich existierenden Einflüsse und die in vielen Bereichen enge Verwobenheit zwischen europäischen und nationalen Institutionen als nicht sehr hoch bzw. wirksam betrachtet. So ist der EURO ein zweifellos sehr greifbares Symbol der europäischen Einigung im täglichen Leben. Dennoch wird von den Befragten selbst die Europäische Zentralbank, die seit 1999 die Deutsche Bundesbank in allen operativen Feldern der Währungspolitik abgelöst hat, als weniger einflussreich angesehen als ihr früheres nationales Pendant. Alle anderen europäischen Institutionen hinterlassen ungeachtet ihrer tatsächlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten im Urteil der Befragten eher geringe Spuren im täglichen Leben der Deutschen. Offenkundig wird Europa in Deutschland noch immer mehr als ein Projekt oder als ein Entwicklungsprozess angesehen denn als eine Realität, die in

vielen Lebensbereichen politische, ökonomische, soziale und rechtliche Rahmenbedingungen setzt.

Diese Wahrnehmungen sind sicher zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass Europa und seine Institutionen im Bewusstsein der Deutschen eher abstrakte Gebilde sind, die nicht direkt durch Wahlen oder Abstimmungen beeinflusst werden können. Mehr noch, während das politische Geschehen im nationalen Bereich durch eine ausgeprägte Personalisierung omnipräsenter Politiker gekennzeichnet ist, fehlt Europa weitgehend eine derartige personale Repräsentation durch einen Präsidenten, Kanzler oder Außenminister. Offenkundig ist demnach das höchste Niveau politischer Organisation, welches von den Befragten noch erfasst und verstanden werden kann, das des Nationalstaates. Jenseits dieser Ebene werden die Mechanismen und Abläufe zunehmend unerklärlich. Vor diesem Hintergrund weisen die Überlegungen, die im Entwurf für eine Europäische Verfassung auch hinsichtlich der Personalisierung bestimmter Spitzenpositionen in Europa angestellt werden, in genau die richtige Richtung: Je fassbarer sich Europa gegenüber seinen Bürgern präsentiert, desto nachvollziehbarer ist seine tatsächliche gegenwärtige und künftige Bedeutung für deren tägliches Leben. Eine solche Wahrnehmung könnte durchaus auch auf Bereiche wie etwa die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausstrahlen, deren Bearbeitung der Europäischen Union noch nicht wirklich zugetraut wird.

Werden die Interviewpartner direkt auf ihre Meinung zur Europäischen Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik angesprochen, plädiert eine überwältigende Mehrheit für gemeinsame europäische Positionen und Strategien auf diesen Gebieten. Die selben Politikfelder finden sich jedoch keineswegs auf den vorderen Plätzen wieder, wenn es um die wichtigsten Aufgaben geht, die von Europa zu erfüllen sind. Dies ist keineswegs ein widersprüchlicher Befund. In Deutschland ist das Interesse an Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ein eher latentes, das vor allem in Krisenzeiten oder schwierigen Situationen aktiviert wird. Demgegenüber richtet sich der Fokus des öffentlichen Bewusstseins vor allem auf Probleme von direktem oder gar existenziellem Belang – Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Alterssicherung etc.²⁶ Darüber hinaus sind die Ansätze für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch stark entwicklungsbedürftig und Europa als ein eigener Akteur auf diesem Gebiet kaum wahrnehmbar. Dieser Eindruck verfestigte sich im Verlaufe der Diskussion um den Irak, die sich während des Erhebungszeitraumes im Herbst 2002 weiter zuspitzte. Was im Zusammenhang mit allgemeinpolitischen Fragen bereits festgestellt wurde, kann somit auch über den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gesagt werden: Die deutschen Befragten wüssten starke europäische Bemühungen und Einflüsse durchaus zu schät-

²⁶ Siehe Gareis (1999) (FN 13), S. 9ff.

zen, doch fehlt noch das Vertrauen in die Fähigkeiten Europas, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln und koordiniert zu verwirklichen.

Wenn es gelingt, tragfähige Strukturen und Formationen zu schaffen, scheinen die deutschen Befragten der Schaffung stärker europäisch geprägter militärischer Institutionen und Verbände sehr aufgeschlossen gegenüberzustehen. Der Wegfall einer unmittelbaren Bedrohung des Landes, Möglichkeiten weiterer Kostenersparnis und positive Erfahrungen in der multinationalen Sicherheitszusammenarbeit könnten in der mittel- bis längerfristigen Perspektive zu einer Abkehr vom Bild der Streitkräfte als einem nationalen Symbol führen. Dann sind auch auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Hoffnungen hoch: Wenn sich Europa eigene Sicherheitsstrukturen schafft, dann meinen fast 60 Prozent der Befragten, dass diese europäischen Einrichtungen und Organisationen mit der NATO gleichberechtigt sein sollten. Nur rund ein Fünftel will auch dann noch der NATO den Vorrang geben und etwa acht Prozent meinen, dass die europäischen Strukturen wichtiger seien als die Allianz. Bei allem hier zum Ausdruck kommenden europäischen Selbstbewusstsein dürften diese Befunde jedoch so zu interpretieren sein, dass die deutschen Befragten kein Konkurrenzverhältnis zwischen Europa und der NATO befürworten, sondern wohl eher eine komplementäre Aufgabenteilung erwarten.

Was die Beurteilung der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für Deutschland angeht, zeichnen die deutschen Befragten ein durchaus realistisches Bild der komplexen Herausforderungen, Risiken und Gefahren, die sich in den zurückliegenden rund fünfzehn Jahren entwickelt haben. Sie drücken dabei ein durchaus bemerkenswertes Verständnis einer interdependenten Welt aus, in der die Souveränität der Nationalstaaten erodiert und transnationale Lösungen auch auf Feldern gesucht werden müssen, die wie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik über die Jahrhunderte hinweg eine nationale Domäne waren. Die deutschen Befragten sprechen sich daher für die Schaffung europäischer Krisenreaktionskräfte inklusive einer deutschen Beteiligung aus. Ihnen widerstrebt jedoch noch die Vorstellung, nationale Streitkräfte vollständig durch europäische Militärformationen zu ersetzen.

Was den Einsatz von Militär angeht, haben sich die deutschen Befragten einen recht pragmatischen Standpunkt zu Eigen gemacht: Das komplexe Krisen- und Konfliktszenario erfordert zu seiner Bearbeitung ein breit gefächertes Instrumentarium, zu dem auch Militäreinsätze zählen können. Ist es schon bemerkenswert, dass die deutschen Befragten die Streitkräfte und ihren Einsatz als legitimes Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik ansehen; so erstaunt die Eindeutigkeit, mit der sie den Streitkräften auch Sicherheitsfunktionen im Inneren des Landes zu-

schreiben. Ungeachtet der Diskussion, die im politischen Bereich über diese Frage geführt wird, scheinen die Deutschen keine Schwierigkeiten mit der Zusammenarbeit zwischen Militär, Polizei und anderen Institutionen der inneren Sicherheit zu haben, wenn die Situation dies erfordert.

Die Deutschen sprechen sich jedoch offenkundig umso leichter für Militäreinsätze aus, je weniger sie damit gewaltsame oder kriegerische Szenarien verbinden. In den Augen der Befragten haben die Streitkräfte einen Wandel von der traditionellen Einsatzfähigkeit in Kampf und Krieg hin zu eher polizeilichen Fähigkeiten im Rahmen von Friedensoperationen bzw. technischen Hilfsleistungen in Nachkriegs- oder Katastrophensituationen vollzogen. Diese weit verbreitete Auffassung hat sicherlich damit zu tun, dass die deutschen Streitkräfte trotz jahrelanger Beteiligung an internationalen Friedensmissionen von größeren Kampfeinsätzen bislang verschont geblieben sind. Zudem dürfte auch die während des Erhebungszeitraums heftig geführte Debatte um die Anwendung militärischer Gewalt gegenüber dem Irak die (Wunsch-)Vorstellungen von einem friedlichen Militär verstärkt haben. Nichtsdestoweniger aber sehen die deutschen Befragten in den Streitkräften ein wichtiges Element der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und innerhalb dieses Rahmens befürworten sie auch militärische Einsätze.

Was bedeuten diese Schlussfolgerungen für die Fortsetzung der europäischen Bemühungen um die Schaffung eigener Sicherheitsstrukturen? Zuallererst müssten die europäischen Staaten und Regierungen das Vertrauen ihrer Bürger in die Handlungsfähigkeit und Effektivität der europäischen Institutionen stärken, um deutlich zu machen, dass Europa den Hoffnungen und Erwartungen seiner Einwohner gerecht zu werden vermag. Dies kann durch verstärkte Transparenz europäischer Strukturen und Abläufe, nachvollziehbare Entscheidungsmechanismen oder die zügige Realisation gemeinsamer Projekte versucht werden. Ohne einen erkennbaren Wechsel hin zu mehr politischer Einigungsfähigkeit und Eigenständigkeit könnte es den deutschen Befragten schwer fallen, europäische Kompetenzen in einem so wichtigen Feld wie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erkennen.

Die unter den deutschen Befragten weitverbreitete Auffassung von Militär als einer Einrichtung zur Katastrophenhilfe verdeutlicht, dass auch Europa der Entwicklung eines strategischen Konzeptes bedarf, welches die bestehenden und zu erwartenden Sicherheitsrisiken und Herausforderungen analysiert und entsprechende Optionen für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik formuliert. In diesem Kontext könnten dann auch die verschiedenen Rollen- und Funktionszuschreibungen für das Militär definiert werden.

Eine erweiterte Europäische Union bildet möglicherweise nicht den geeigneten Rahmen für den Aufbau integrierter europäischer Streitkräfte jenseits von Task Forces, die ad hoc aus nationalen Kontingenten gebildet werden. Die vertiefte Zusammenarbeit zwischen hierzu bereiten Staaten etwa bei der Aufstellung multinationaler/integrierter Streitkräfte oder auf dem Gebiet von Rüstungsbeschaffung, Aufklärung oder Logistik könnte dabei den Kern für eine umfassende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bilden. Wenn der politische Wille zur Verbesserung der europäischen Kapazitäten und Fähigkeiten da ist, wird sich wohl auch ein gewisses Maß an Duplizierung von Strukturen und Ressourcen nicht völlig vermeiden lassen. Eine konsequente Zusammenarbeit und Integration zwischen den europäischen Staaten und ihren Streitkräften kann dabei Kosten reduzieren helfen und zu einer effizienten Allokation der eingesetzten Militärbudgets beitragen.

Vor dem Hintergrund einer weitgehend funktionalen Sichtweise der deutschen Befragten auf Europa kann wohl nicht davon ausgegangen werden, dass der militärische Dienst in europäischen Streitkräften an die der Heimatverteidigung vergleichbaren affektiven Dimensionen anknüpfen kann. Benötigt werden eher Soldaten, die schwierige und fordernde Aufgaben im Namen eines demokratisch legitimierten Entscheidungsgremiums zu erfüllen haben. Das europäische Militär hätte dann die Rolle einer auf Fragen der internationalen Sicherheitsvorsorge spezialisierten Agentur. So lange diese europäischen Streitkräfte sich noch aus nationalen Kontingenten zusammensetzen, hat eine solche Ausrichtung einige Rückwirkungen auf das Selbstverständnis der eingesetzten Soldaten. Rollenkonflikte und gegebenenfalls auch ein *clash of military cultures* wären die Folgen. Daher wäre in der Tat zu überlegen, ob in der mittleren bis längeren Perspektive nicht die Aufstellung einer europäischen Freiwilligenarmee realisiert werden kann, die auf europäischem Dienstrecht und europäischen Ressourcen aufbaut – wie dies in anderen Bereichen des europäischen öffentlichen Dienstes bereits geschieht. Das Meinungsbild der deutschen Befragten jedenfalls lässt auf weitreichende Unterstützung für eine solche europäische Entwicklung schließen.

Gemeinsamer Fragebogen – Deutsche Fassung

ERSTER ABSCHNITT

EUROPÄISCHE AUFBAUPROZESSE

1.1 Welches Gewicht sollte nach der einheitlichen Währung Ihrer Meinung nach folgenden Themen in der EU beigemessen werden?	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig	keine Meinung
Nahrungsmittelsicherheit						
Beschäftigungspolitik						
Sozialpolitik						
Umweltschutz						
Verteidigung						
Innere Sicherheit						
Gesundheitspolitik						
Bildung und Kultur						
Außenpolitik						
Wissenschaft, Forschung, Technik						
Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern						
Gemeinsame Landwirtschaftspolitik						
Sonstige (bitte angeben)						

1.2 Geben Sie bitte für jede der nachstehenden Aussagen den Grad Ihrer Zustimmung/Ablehnung an:	stimme voll zu	stimme teilweise zu	teils/teils	lehne teilweise ab	lehne voll ab	keine Meinung
Die EU sollte eine gemeinsame Außenpolitik haben						
Die EU sollte eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben						
Die EU sollte eine gemeinsame Europäische Armee haben						
Die EU sollte eine gemeinsame Politik der Inneren Sicherheit/Justiz haben						
Die EU sollte eine gemeinsame Verfassung haben						
Die EU sollte erweitert werden und neue Länder aufnehmen						

ZWEITER ABSCHNITT

INSTITUTIONEN UND BÜRGER

2.1 Geben Sie für jede der nachfolgenden Institutionen an, welchen Einfluss sie auf Ihr Leben haben.	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig	keine Meinung
EU-Ministerrat						
Europaparlament						
Europäische Kommission						
Europäischer Gerichtshof						
Europäische Zentralbank						
Deutscher Bundestag						
Deutsche Gerichte						
Bundesbank						
Bundesregierung						
Bundeswehr						

2.2 Geben Sie für jede der nachstehenden Aussagen zu den deutschen Streitkräften den Grad Ihrer Zustimmung/Ablehnung an.	stimme voll zu	stimme teilweise zu	teils/teils	lehne teilweise ab	lehne voll ab	keine Meinung
Streitkräfte helfen jungen Menschen bei ihrer Integration in die Gesellschaft						
Streitkräfte sind ein Symbol nationaler Einheit						
Streitkräfte bringen den jungen Menschen Disziplin und Respekt bei						
Streitkräfte sind nutzlos						
Streitkräfte stehen für Werte wie Freiheit und Demokratie						
Streitkräfte bereiten auf Krieg und Kampf vor						
Streitkräfte führen nützliche friedenserhaltende Missionen durch						
Streitkräfte helfen ihrem Land in Notstands- und Katastrophenfällen						
Streitkräfte helfen anderen Ländern in Notstands- und Katastrophenfällen						
Streitkräfte verteidigen ihr Land und sein Territorium						
Sonstige (bitte angeben)						

DRITTER ABSCHNITT

BEDROHUNGEN DER SICHERHEIT UND ROLLE DER STREITKRÄFTE

3.1 Geben Sie für jede der nachstehenden Sicherheitsbedrohungen an, welchen Grad der Gefährdung sie für Sie darstellt.	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig	keine Meinung
Nuklearer Konflikt						
Konventioneller Krieg in Europa						
Weltkrieg						
Versehentlicher Abschuss einer Nuklearrakete						
Weiterverbreitung von Kern-, bakteriologischen und chemischen Waffen						
Epidemien						
Terroristischer Angriff						
Organisiertes Verbrechen						
Unfall in einem Kernkraftwerk						
Unkontrollierte Einwanderung						
Umweltkatastrophen						
Nahrungsmangel						
Wirtschaftskrise						
Sonstige (bitte angeben)						
.....						

3.2 Frieden und Stabilität werden durch verschiedene Risiken und Gefährdungen bedroht. Wie schätzen Sie folgende politische und militärische Aktivitäten und Instrumente zur Wahrung von Frieden und Stabilität ein?	unabdingbar	nützlich	ohne Wirkung	sinnlos	schädlich	keine Meinung
Militärischer Zwang zum Schutz der Menschenrechte						
Diplomatische Schritte						
Unterstützung von Demokratisierungsprozessen						
Militärische Friedenswahrung/-sicherung						
Strenge Grenzkontrollen, um Zuwanderung zu stoppen						
Verstärkte Hilfe für Entwicklungsländer						
Abschreckung potenzieller Aggressoren						
Kriegsführung aus legitimen Gründen						
Bekämpfung des Terrorismus mit militärischen Mitteln						
Sonstige (bitte angeben)						
.....						

3.3 Welche Ebene erachten Sie für die Abwehr nachfolgender Bedrohungen als die wichtigste?	Deutschland	Europa	NATO	UNO	keine Meinung
Nuklearer Konflikt					
Konventioneller Krieg in Europa					
Weltkrieg					
Versehentlicher Abschuss einer Nuklearrakete					
Weiterverbreitung von Kern-, bakteriologischen und chemischen Waffen					
Epidemien					
Terroristischer Angriff					
Organisiertes Verbrechen					
Unfall in einem Kernkraftwerk					
Unkontrollierte Einwanderung					
Umweltkatastrophen					
Nahrungsmangel					
Wirtschaftskrise					
Sonstige (bitte angeben)					

3.4 Wie geeignet sind Streitkräfte für die Lösung nachstehender Aufgaben?	sehr geeignet	geeignet	weder/noch	teilweise ungeeignet	völlig ungeeignet	keine Meinung
Katastrophenhilfe						
Humanitäre Hilfe für andere Länder						
Terrorismusbekämpfung						
Zusammenarbeit mit der Polizei zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit						
Grenzschutz zur Kontrolle der Einwanderung						
Schutz von Menschenrechten						
Evakuierung von Bürgern aus Konfliktgebieten						
Friedenserhaltende Einsätze						
Friedenserzwingende Maßnahmen						
Verteidigung des nationalen Staatsgebietes						
Verteidigung des Territoriums von Alliierten						
Schutz europäischer Interessen						
Sonstige (bitte angeben)						

VIERTER ABSCHNITT

EUROPÄISCHE STREITKRÄFTE

4.1 Die EU hat beschlossen, eine gemeinsame Kriseneingreiftruppe von bis zu 60 000 Soldaten aus den Mitgliedsländern aufzustellen. Geben Sie bitte an, wie geeignet eine solche Eingreiftruppe für die jeweiligen nachstehenden Aufgaben ist.	sehr geeignet	geeignet	weder/ noch	teilweise ungeeignet	völlig ungeeignet	keine Meinung
Katastrophenhilfe						
Humanitäre Hilfe für andere Länder						
Terrorismusbekämpfung						
Zusammenarbeit mit der Polizei zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit						
Grenzschutz zur Kontrolle der Einwanderung						
Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens						
Schutz von Menschenrechten						
Evakuierung von Bürgern aus Konfliktgebieten						
Friedenserhaltende Einsätze						
Friedens erzwingende Maßnahmen						
Verteidigung des nationalen Staatsgebietes und nationaler Interessen						
Schutz europäischen Territoriums und europäischer Interessen						
Verteidigung des Territoriums und der Interessen von Alliierten						
Sonstige (bitte angeben)						

4.2 Was halten Sie von Deutschlands Beteiligung an der Europäischen Eingreiftruppe?

- Ich stimme zu
- Ich stimme eher zu
- Ich lehne eher ab
- Ich lehne ab
- Keine Meinung

4.3 Diese Europäische Eingreiftruppe sollte im Verhältnis zur NATO ...:

- ... als weniger bedeutend angesehen werden.
- ... als genau so wichtig angesehen werden.
- ... als wichtiger angesehen werden.
- Keine Meinung

4.4 Entscheidungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollten Ihrer Ansicht nach getroffen werden durch:

- Mehrheitsvotum der EU-Mitgliedstaaten
- Mehrheitsvotum des EU-Ministerrates
- NATO-Rat
- UNO-Sicherheitsrat
- Keine Meinung

4.5 Ihrer Ansicht nach sollten Entscheidungen zur Entsendung europäischer Truppen zu Einsätzen getroffen werden durch:

- Nationalregierungen entsprechend ihren jeweiligen Gesetzen
- Einstimmiges Votum der EU-Mitgliedstaaten
- Mehrheitsvotum der EU-Mitgliedstaaten
- Keine Meinung

4.6 Welche Art von Streitkräften würden Sie in Zukunft bevorzugen?

- Integrierte Europaarmee anstelle nationaler Streitkräfte
- Parallel zu den nationalen Streitkräften eine Europäische Schnelle Eingreiftruppe
- Nationale Streitkräfte, Schnelle Eingreiftruppe auf ad hoc-Basis
- Nur nationale Streitkräfte
- Überhaupt keine Streitkräfte
- Keine Meinung

Autoren

Sven Bernhard Gareis studierte von 1983 bis 1987 Pädagogik, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg. Nach dem Diplom und der Promotion zum Dr. phil. (1989) war er in verschiedenen Funktionen in der Fernmeldetruppe des Heeres tätig. 1994 wechselte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation nach Strausberg. Seit September 2000 ist er am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg beschäftigt. Lehraufträge an der TU Berlin (1994–1998) und der Freien Universität Berlin (seit 2003).

Paul Klein studierte Psychologie, Soziologie und Pädagogik an der Universität Tübingen; Promotion zum Dr. rer. soc. in Tübingen; 1971–1974 Leiter des Psychologischen Dienstes beim Kreiswehrrersatzamt Wiesbaden; seit Dezember 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, z. Z. Leitender Wissenschaftlicher Direktor und Projektdirektor I; seit 1977 Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München, Lehrstuhlvertretungen und Gastprofessuren an der Universität der Bundeswehr München und der Universität Toulouse. Forschungsschwerpunkte: Militärsoziologische Probleme der Wehrstrukturen, Zukunft der Streitkräfte, Probleme multinationaler militärischer Zusammenarbeit.